

Wochenlohn 40 Pf., monatlich 1.00 Pf.,
im voraus zahlbar. Postbezug 4.32 Pf.,
einschließlich 50 Pf. Postgebühren.
12 Pf. Postbestellgebühren. Ausland-
abonnements 6.— Pf. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal. Die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Vorwärts“ „Mittagsausgaben“ „Morgens-
ausgaben“ und „Abendausgaben“, „Sonntags-
ausgaben“, „Technik“, „Bild in die
Bücherei“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 290-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 27536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Donnerstag
24. Oktober 1929
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die 11. Jahrgang-Konferenz der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
am 23. Oktober 1929 in Berlin.
Die 11. Jahrgang-Konferenz der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
am 23. Oktober 1929 in Berlin.
Die 11. Jahrgang-Konferenz der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
am 23. Oktober 1929 in Berlin.

Abgewiesen!

Das Urteil des Staatsgerichtshofs: Einstweilige Verfügung abgelehnt.

Leipzig, 23. Oktober.

Der Staatsgerichtshof hat in Sachen „Volksbegehren“
folgenden, kurz nach 4 Uhr nachmittags vom Reichs-
gerichtspräsidenten Dr. Bunte verkündeten Beschlus
gefaßt:

Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung
wird zurückgewiesen.

Der Beschluß wurde vom Vorsitzenden wie folgt begründet:

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat in seiner bis-
herigen Praxis gegenüber den Anträgen auf Erlass von einstweiligen
Verfügungen große Zurückhaltung geübt. Er hat bisher
erst zwei solcher Verfügungen erlassen, die eine in einer priva-
t-rechtlichen Streitigkeit zwischen zwei Ländern, die andere
in einer gleichartigen Streitigkeit zwischen dem Reich und mehreren
Ländern. In einer Verfassungsstreitigkeit innerhalb
eines Landes, wie sie nach der Auffassung der Antragstellerin ihrem
Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zugrunde liegt, ist
eine solche vorläufige Anordnung überhaupt noch nicht ge-
troffen worden.

Es kann indessen dahingestellt bleiben, ob Verfassungsstreitig-
keiten innerhalb eines Landes überhaupt Raum für eine einstweilige
Verfügung bieten. Im vorliegenden Falle wird ihr Erlass deshalb
ausgeschlossen, weil ihre Beschränkung auf die Regelung
eines einstweiligen Zustandes unmöglich ist.

Sie würde hier stets zugleich eine Entscheidung über die Haupt-
sache enthalten.

Es zeigt das eine Vergleichung des in der Klageschrift enthaltenen
Hauptantrages mit den Anträgen, die die Antragstellerin in dem
Verfahren über die einstweilige Verfügung gestellt hat. Die ver-
schiedenen Fassungen, die sie ihnen gegeben hat, laufen immer darauf
hinaus, daß die Teilnahme der preussischen Beamten an dem Volks-
begehren zum Freiheitsgesetz für nicht dienstwidrig erklärt werden

soll. Denn nur wenn das der Fall ist, kann eine Verfassungs-
widrigkeit der Kundgebungen des preussischen Ministerpräsidenten
und des preussischen Staatsministeriums, deren einstweilige Unter-
sagung begehrt wird, in Frage kommen.

Die Befugnis der preussischen Beamten ohne Rücksicht auf ihre
Beamtensstellung sich in die Eintragungslisten für das Volksbegehren
einzuzeichnen und später an der Volksabstimmung teilzunehmen, ist
aber gerade Gegenstand des Hauptklageantrags, bildet den eigentlichen
Streitpunkt der Parteien. Es würde deshalb
eine Verkürzung der Rechte des Antragsgegners
bedeuten, wenn schon jetzt in dem Verfahren über die ein-
stweilige Verfügung, die nicht mit den vollen Rechtsgarantien des
Gesetzes über den Staatsgerichtshof und der dazu erlassenen Ge-
schäftsordnung umkleidet ist, der sachliche Streit entschieden werden
würde. Der Antragsgegner kann verlangen, daß ihm Gelegenheit
gegeben wird, die Einwendungen, die er der Klagebegründung
gegenüber geltend machen will, dem Staatsgerichtshof ausführlich
darzulegen.

Der Streit über die Tragweite der Verfassungsartikel, die den
Beamten die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und ihrer
Meinungsfreiheit gewährleisten, kann also jetzt noch nicht ent-
schieden werden.

Damit gewahrt es sich aber auch als unmöglich, die beantragte ein-
stweilige Verfügung, deren Zulässigkeit sachlich von der Entscheidung
dieses Streites abhängt, zu erlassen. Sie auf eine bloße vor-
läufige Prüfung der gekennzeichneten Streitfrage zu stützen,
würde weder der Stellung des Staatsgerichtshofes angemessen sein,
noch auch den Belangen der Antragstellerin genügen. Denn damit
würde an der von ihr beklagten Vermittlung in der Beamtenchaft,
deren Klärung sie von der einstweiligen Verfügung erhofft, nichts
geändert werden.

Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung muß
demnach abgelehnt werden.

Entscheidungsfrage der Sozialisten

Die französische Regierungskrise

Paris, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Präsident der Republik hat heute mit den Be-
sprechungen zur Lösung der Regierungskrise begonnen.

Die sozialistische Fraktion pflegte unverbindlichen
Meinungsaustausch. Vorzeitige Bindung wird ver-
mieden. Morgen geht die Beratung fort. Die Mehrheit
der Fraktion scheint die Beteiligung an einer sozia-
listisch geführten Regierung nicht ablehnen zu
wollen. Als Führer und somit als Ministerpräsident
käme in diesem Fall am ehesten Paul Boncour in
Betracht, schon auch wegen der Sympathien, deren er sich
in der bürgerlichen Linken erfreut. Präsident Doumer-
gue soll die Berufung eines Mannes der „mittleren
Linie“, etwa Steeg oder Clementel vorsehen. Die So-
zialisten beraten morgen weiter. Fassen sie einen Be-
schluß, so dürfte der Nationalrat der Partei zu seiner
Vestätigung einberufen werden.

Der Präsident der Republik empfing u. a. die Abgeordneten
Ratony und Boncour. Ratony und Paul Boncour betonten
übereinstimmend, daß die Abstimmung in der Dienstagsitzung in
keiner Weise gegen die bisherige Orientierung der Außenpolitik ge-
deutet werden dürfe.

Aus den von fast allen Blättern gebrachten Meldungen, daß
Doumergue die Absicht habe, Paul Boncour mit der Bildung des
Kabinetts zu beauftragen, darf man keine allzu raschen Schlüsse
ziehen. Das steht keineswegs fest. Einstweilen spricht viel mehr
dafür, daß der Präsident eine mittlere Lösung sucht, die etwa einem
Radikal-Sozialisten, wie Steeg oder Clementel, zum „Mann von
morgen“ macht.

Paul Boncour hat unmittelbar vor dem Ausbruch der
Krise in verschiedenen Artikeln erklärt, daß er zur Teilnahme an
der Regierung bereit wäre; so auch am Mittwoch in der sozia-
listischen Fraktionsitzung, wobei er hinzufügte, daß er im Ein-

verständnis mit der Partei handeln müsse. Die Debatte
hat gezeigt, daß

Die Mehrheit der sozialistischen Abgeordneten sich der großen
Verantwortung bewußt

ist, die mehr als je auf der Partei lastet und von deren Ent-
scheidung der Rechts- oder Linkscharakter der neuen Regierung ab-
hängen kann.

Die eventuelle dringliche Einberufung des Nationalrates der
Partei ist im Laufe der Debatte erörtert, ein Beschluß nicht gefaßt
worden. Es scheint festzustehen, daß wenn der Präsident der Republik
sich entschließen sollte einen Sozialisten zu berufen — in diesem
Falle käme Paul Boncour in erster Linie in Betracht — die bisher
negative Haltung der Partei eine Aenderung erfahren könnte.

Ob Doumergue sich dazu entschließen wird, hängt zum Teil
von den Ratsschlägen der sozial-radikalen Führer ab, von denen
einige, wie Ratony und vielleicht Daladier, geneigt scheinen. Paul
Boncour vorzuschlagen. Sollte es zur Kabinettsbildung durch
Boncour kommen — was keineswegs sicher ist — so darf man
annehmen, daß Briand im Außenministerium bleibe.

Landtagswahl in Thüringen.

Folgen der Eugenberg-Politik.

Weimar, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Ältestenrat des Thüringer Landtags stimmte
am Mittwoch dem Auflösungsantrag der So-
zialdemokratie zu. Die Auflösung soll am 7. De-
zember erfolgen. Der Termin für die Neuwahlen ist
auf den 8. Dezember festgesetzt. Am Donnerstag wird
der Landtag über diesen Termin abstimmen.

Eine offizielle Erklärung, aus welchem unmittelbaren
Anlaß die Regierung zurückgetreten ist, war von dem
Vorsitzenden, Minister Paulsen, im Ältestenrat
nicht zu erlangen.

Durchbruch zum Weltfrieden.

Die Annäherung der angelsächsischen Nationen. — Das Ende der Seeherrschaft.

Ramsay Macdonald, der Arbeiterführer und
Ministerpräsident Englands, hat seinen Besuch bei Hoover,
dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, be-
endet. Von Washington ist er nach Ottawa gefahren, um
Macenzie King, den Ministerpräsidenten des Nach-
barlandes Kanada, aufzusuchen. Er schied sich jetzt an, nach
Europa zurückzukehren. Er bringt keinen unterzeichneten
Vertrag mit, aber schon jetzt ist alle Welt — bis auf
parteipolitische Gegner — sich einig, daß seine Fahrt über
den Ozean ein Erfolg und eine geschichtliche Tat war.
Was bedeutet seine Amerikareise als politische Methode, und
welchen Sinn hat sie in der Weltpolitik?

Es war der persönliche Gedanke Macdonalds, mit dem
Herkommen diplomatischer Verhandlungen durch Boten
von Hauptstadt zu Hauptstadt zu brechen und durch eine Aus-
sprache von Mann zu Mann mit dem politischen Chef der
Vereinigten Staaten die Schwierigkeiten zwischen den beiden
Großmächten zu klären. Er hat damit die direkte Diplo-
matie, die wir durch den Völkerverbund innerhalb Europas
seit einem halben Jahrzehnt gewohnt sind, auf das Verhältnis
zweier Großmächte diesseits und jenseits des Ozeans über-
tragen. Der moderne, schnelle Ozeanverkehr hätte das zwar
schon vor zwanzig Jahren erlaubt, als die „Mauretania“ den
bis vor kurzem gehaltenen Rekord der kürzesten Fahrt auf-
stellte: Macdonald aber ist der erste gewesen, der die Technik
wörtlich völkerverbindend gemacht hat: Er hat nicht
nur den Staatschef Amerikas, er hat nicht nur den amerikani-
schen Senat, die vertragsschließende Körperschaft, aufgesucht —
wobei er, von der Todesnachricht tief ergriffen, des deutschen
Staatsmannes Stresemann gedachte —, sondern er hat
zum amerikanischen Volke selber gesprochen: man
wird schämen dürfen, daß keiner von allen amerika-
nischen Sendern verbreiteten Rundfunkansprache zwanzig
Millionen Amerikaner und Amerikanerinnen lauschten. So
hat Macdonalds Fahrt nach Amerika durch ihre bloße Tat-
sache Epoche gemacht: Es sind über 150 Jahre vergangen,
seitdem gegen die Ausbeutung durch das Mutterland die
amerikanischen Kolonisten sich empörten und gegen die Aller-
weltshörner der heimischen Aristokraten und des angestam-
mten Herrscherhauses die Selbstbestimmung blutig eroberten.
Und wenn auch seit mehr als einem Jahrhundert der Friede
nicht mehr gestört worden ist, beide Völker vielmehr Hand in
Hand gegen den „deutschen Imperialismus“ kämpften: Das
Mißtrauen gegen England ist jedem amerikanischen
Bürger im schulpflichtigen Alter eingepfropft worden. So hat
Macdonalds Bild, hundertmillionenmal verbreitet, und seine
Worte, vor hundert Millionen gesprochen, ihn und damit die
britische Nation allen Amerikanern persönlich näher und
nahegebracht. Die Berichte aus Amerika spiegeln deshalb
das Gefühl wider, daß die ganze Nation etwas Großes und
Niedergewesenes erlebt hat. Der englischen Nation aber hat
die Amerikafahrt ihres Ministerpräsidenten den Dienst ge-
leistet, daß das große, abgefallene Dominion sich dem briti-
schen Weltreich angenähert hat. Und nur wenige Engländer
werden sich dem Gefühl entziehen können, daß die Macht
des Angelsächsentums in der Welt damit einen mächtigen
Auftrieb erfahren hat. An die Befreiung vom Druck der
Entente mit Frankreich durch Snowden hat Macdonald die
Freundschaft mit Amerika geknüpft: Im Interesse Englands
macht die Politik der Arbeiterpartei wieder gut, was Königtum,
Aristokratie vor 150, und Konservative in den letzten
zwanzig Jahren verderben.

Die Annäherung Englands und Amerikas hat man nir-
gends — von verbohrteten Nationalisten und Antinationalisten
abgesehen — als eine Bedrohung anderer aufgefaßt. Genau
so wie Locarno und Thoiry, London und Haag Deutschland
und Frankreich einander nahegebracht, ohne sie anderen
entfernt zu haben, so hat Macdonalds Besuch in Washington
nicht nur dem anglo-amerikanischen, sondern dem Weltfrieden
gedient. Zwar ist kein Abkommen unterzeichnet oder auch
nur paraphiert worden — aber das, was Macdonald vor dem
Mikrophon ausgesprochen und was der Präsident Hoover im
Weißen Haus angedeutet hat, genügt, um zu sagen, daß in
ihren Gesprächen die jahrhundertalten Streitfragen der See-
herrschaft und der Freiheit der Meere angepaßt und die
Richtlinien für eine Ueberwindung der bisherigen Gegensätze
aufgestellt worden sind.

Seeherrschaft und Freiheit der Meere sind zwei Begriffe,
untrennbar verknüpft mit dem Begriffe des Seekrieges,
der Vernichtung der feindlichen Kriegsschiffe, Zerstörung des
feindlichen und Unterbindung des neutralen Handels im
Kriegsfall. Hier waren die Interessen der größten und die
der anderen Seemächte stets auf das schärfste entgegengesetzt;
der Weltkrieg war gerade, insofern er nicht nur europäischer,
sondern Weltkrieg war, eine Auseinandersetzung um die
Freiheit der Meere im Kriegsfall. Nun ist aber seit wenigen
Monaten der Kriegsverzichtsvertrag in Kraft, d. h. der
Verzicht auf den Krieg als Mittel der Politik und die
Pflicht, alle Streitigkeiten auf friedlichem Wege zu lösen. Mit

diesem Kriegsverzicht sind, wenn mit ihm Ernst gemacht wird, aber Seerrieg, Blockaderecht und Seeherrschaft einer Seemacht über die andere nicht zu vereinbaren.

Was nun in Washington zwischen den Führern der beiden Demokratien besprochen worden ist, und durch ihre Verhandlungen über die Abrüstungskonferenz schon angestrebt worden war, ist nun eben dies Ernst machen mit dem Kriegsverzicht. Unbeschwert von der Last der Traditionen hat der britische Arbeiterführer dem amerikanischen Imperieur auseinandergesetzt, daß mit dem Wegfall des Rechtes auf den Krieg es weder „Seeherrschaft“ noch „Neutralität“, weder „Blockaderecht“ noch „Freiheit der Meere“ mehr im hergebrachten Sinne gibt und geben kann. Deshalb ist es Macdonald möglich gewesen, in den Vorverhandlungen zur Seekonferenz auf die Ueberlegenheit Englands zur See zu verzichten und Amerika die Parität an Kreuzern zuzugestehen. Zugleich wird man annehmen müssen, daß im Hinblick auf die Vondoner Konferenz von beiden Staatsmännern in Aussicht genommen wurde, Schlachtschiffe und U-Boote, soweit es die anderen Seemächte irgend zulassen, einzuschranken und sogar, wenn möglich, völlig abzuschaffen: Wird auf den Krieg verzichtet, so muß, will man nicht in den bloßen Anfängen steckenbleiben, auf die Kriegswerkzeuge, also zur See auf Schlachtschiffe, Schlachtkreuzer, U-Boote, verzichtet werden. Auf der anderen Seite hat Hoover zugestanden — und Borah, den Vorsitzenden des auswärtigen Senatsausschusses, bereits dafür gewonnen —, daß nun auch Amerika den alten, im Weltkrieg zäh gegen Deutschland und England verteidigten Anspruch aufgibt, im Fall eines Vertragsbruches beide Kriegführenden als Neutralen mit Munition, Rohstoffen und Lebensmitteln beliebig beliefern zu dürfen; eine solche Unterfützung darf hinfort Amerika nicht mehr dem Angreifer, sondern soll es nur noch dem unter Bruch des Kellogg-Patties Angegriffenen zukommen lassen. Mit der Doktrin des Krieges wird die Doktrin des geschäftsmachenden neutralen Dritten beseitigt.

Dies sind die Probleme, die nach unwidersprochenen Berichten Macdonald und Hoover durch ihre Gespräche in Washington angepackt haben. Macdonald hat im „Vorwärts“ einmal gesagt, daß der Kriegsverzichtsvertrag ein Luftschloß sei, dem die Fundamente fehlen; aber er hat schon damals hinzugefügt, daß sie ihm geschaffen werden müssen. Er zeigt, daß er es selber ist, der sie legt: der Verzicht auf die Seeherrschaft Englands und die gemeinsame Seeabrüstung mit Amerika sind solche Fundamente des Friedens. Seine Reife nach Amerika ist zugleich, nach Haag und Genf, der dritte weltpolitische Sieg der Arbeiterpartei Englands.

Volkspartei und Schwerindustrie.

Staatssekretär Schmid und die bürgerliche Sammlung.

Hugenberg hat durch seine Aktion in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie fast jeden Boden verloren. Der rechte Flügel der Deutschen Volkspartei versucht die Führung der Schwerindustrie nun völlig an sich zu reißen. Es sind zwei Männer, die um die Führung des rechten Flügels der Volkspartei konkurrieren. Herr Guther, der das Vertrauen des Generaldirektors Böglers genießt, und Staatssekretär Schmid-Düsseldorf, dessen Hauptstützpunkt beim Langnamverein liegt.

Herr Schmidt hat gestern auf einer öffentlichen Versammlung der Deutschen Volkspartei in Düsseldorf über die Finanzreform und die bürgerliche Sammlung gesprochen. Die Entwürfe des Reichsfinanzministers, so führte er aus, blieben hinter den wirtschaftlichen Notwendigkeiten zurück. Es sei eine zwingende Notwendigkeit, eine Senkung der öffentlichen Lasten vorzunehmen und an die sogenannten zwangsläufigen Ausgaben des Reiches mit starker Hand heranzugehen. Zur Illustration verwies Herr Schmid auf die volksparteiliche Haltung bei der Arbeitslosenversicherung.

Die Absichten des rechten Flügels der Volkspartei nach dem Tode Stresemanns und dem Zusammenbruch Hugenberg sind damit eindeutig klargestellt.

Emelka.

Politische Gründe der Regierung von den Koalitionsparteien anerkannt.

In einer am Mittwoch abgehaltenen Besprechung der Regierung mit Vertretern der Koalitionsparteien über die Emelka-Angelegenheit wurden die von der Regierung vorgelegenen und für die Interessennahme an der Emelka maßgebenden politischen Gründe anerkannt. Ueber die Einzelheiten der zukünftigen materiellen Interessen des Reiches soll gesprochen werden, sobald der Treuhänderbericht über die Emelka vorliegt. Erst dann wird eine Vorlage über die Interessennahme ausgearbeitet und dem Haushaltsausschuß des Reichstags übermittelt werden.

Dem Ausschluß zuvorgekommen.

Bruhn aus der deutschnationalen Partei ausgestreut.

Die deutschnationale Pressestelle teilt mit: „In der Angelegenheit der gegen den Abgeordneten Bruhn schwebenden Untersuchung wegen seiner Beziehungen zu den Gebrüdern Skarrel war ihm gestern von Seiten des Landesverbandes Berlin mitgeteilt worden, daß ein Verfahren gemäß Ziffer 19 der Parteiführung gegen ihn eingeleitet sei. Daraufhin hat der Abgeordnete Bruhn heute dem Vorsitzenden der zuständigen Parteioberleitung ein Schreiben geschickt, in dem er seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt. Ziffer 19 der Parteiführung behandelt das Ausschlußverfahren gegen Parteiongehörige.“

Eine sozialpolitische Tagung.

Die Gesellschaft für soziale Reform hält vom 24. bis 26. Oktober ihre 11. Hauptversammlung in Mannheim ab. Am ersten Verhandlungstag steht „Die Reform des Schlichtungswesens“ zur Aussprache, als Vortragende sind vorgesehen: Genosse Dr. Hugo Singheimer und Professor Dr. Herbert von Beckerath; am zweiten Verhandlungstag soll „Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik“ behandelt werden, Vortragender zu diesem Thema ist Professor Dr. Götze Brieß. Beide Verhandlungsgegenstände sind von höchst aktueller Bedeutung. Hoffentlich macht die Gesellschaft für soziale Reform ihrem Namen Ehre und gestaltet ihre Tagung zu einer Rundgebung für den sozialen Fortschritt.

Eine Woche Hugenberg.

Tägliche Ergebnisse des Inflationsbegehrens.

Ueberblickt man die Ergebnisse des Hugenbergischen Inflationsbegehrens für die jetzt abgeschlossene erste Eintragungswache, so erhält man den Eindruck, daß die Macher des Inflationsbegehrens vom Volke völlig isoliert sind.

Wir haben die Eintragungsergebnisse von 32 Städten aus allen Teilen des Reiches aus der ersten Eintragungswache zusammengezählt. In diesen Städten haben sich bisher 230 000 von 10 150 000 Stimmberechtigten eingetragen, also noch nicht 2,4 Proz.

Die Meldungen über die Eintragungen auf dem flachen Lande lassen erkennen, daß auch der schlimmste Terror der Stahlhelmmagrarier nicht die Hoffnungen rechtfertigt, die die Hugenberg-Front auf ihn gesetzt hat.

Nun gar die Ergebnisse aus dem Rheinland! Sie sind eine schmetternde Ohrfeige für Hugenberg u. Co.!

Rheinland und Volksbegehren.

Koblenz, 23. Oktober.

Am Dienstag liehen sich die Ergebnisse der ersten Woche der Eintragungswache für das Volksbegehren überblicken. Deutlich kommt dabei die Stimme des besetzten Gebietes in den Einzelnachrichtern in den größeren Städten und Orten des Bezirkes Koblenz zum Ausdruck. In der Stadt Koblenz zeichneten sich bis Dienstagabend bei etwa 40 000 Stimmberechtigten 400 für das Volksbegehren ein. In Neuwied sind 107, in Boppard 31, in Bad Kreuznach 26 und in der Stadt Mayen mit 9000 Stimmberechtigten vier und in Weibenturm eine Einzeichnung erfolgt. In der Stadt Bacharach, in der vor kurzem der deutschnationale Abgeordnete Dr. Bachem für das Volksbegehren gesprochen hat, und in dem Orte Engers wurde bis Dienstag überhaupt keine Einzeichnung vorgenommen. Auch in einer

großen Zahl kleinerer Gemeinden ist bis jetzt keine Einzeichnung erfolgt.

Auch in der Pfalz und anderen Gegenden Süddeutschlands sind keine günstigen Ergebnisse bei den Einzeichnungen für das Volksbegehren festzustellen. In den ersten acht Tagen haben sich in Speyer insgesamt 36 Personen eingetragen. In Worms 230, in Heidelberg wurden 591 Stimmen gezählt. Bis zum Sonntag hatten sich in Limburg a. d. Bahn von 8000 Wahlberechtigten 18 für das Volksbegehren eingetragen.

Es werden immer weniger!

Gestern wieder Abnahme der Einzeichnungen in Berlin.

Die Zahl der Eintragungen in Berlin ist auch gestern wieder zurückgegangen. Es trugen sich ein:

	23. 10.	22. 10.
Kreuzberg	1055	1213
Neukölln	375	413
Brenzlauer Berg	621	752
Wedding	538	575
Lichtenberg	346	455
Reinickendorf	204	266

Die Nerven verloren.

Der Hugenbergische Reichsausschuß hat über dem Fiasko seines Inflationsbegehrens völlig den Verstand verloren. Er veröffentlicht einen Aufruf, in dem er behauptet, die von der Regierung verbreiteten Eintragungsziffern seien irreführend. Alle Grundrechte der Reichsverfassung seien außer Kraft gesetzt, die Regierung treibe eine Schreckensherrschaft, der nach die Macht will: Seldte, Margismus regiere. Dieser Unfimm ist unterzeichnet: Seldte, Hugenberg, Otto v. Below, Hiltner, Schiele, Schwedt.

Deutschnationale Blamage im Landtag.

Alle deutschnationalen Anträge abgelehnt. — Redefluß der Opposition.

Im Preussischen Landtag wurde gestern nachmittag der Antrag der deutschnationalen Fraktion, der das Staatsministerium ersucht, im Reichsrat gegen den Young-Plan zu stimmen, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der deutschnationale Antrag, daß den Beamten das Recht zur Eintragung für das Volksbegehren gewährleistet werden soll, wurde mit 241 gegen 160 Stimmen abgelehnt; für die Ablehnung des Antrages stimmte außer den Regierungsparteien auch die Deutsche Volkspartei.

Der deutschnationale Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinet wurde mit 218 gegen 114 Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Wirtschaftspartei und Deutschen Fraktion abgelehnt. Deutsche Volkspartei und Kommunisten beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Das parlamentarische System besteht darin, daß die Regierung des Vertrauens des Landtags bedarf. Der Weg, die Regierung zu stürzen, ist deshalb das Mißtrauensvotum. Dieses Mißtrauensvotum hat doch aber auch nur den Sinn, die Regierung zu stürzen. Statt dessen hat sich bei Kommunisten und Rechtsparteien eingebürgert, bei allem, was die preussische Regierung tut und was ihnen nicht gefällt, einen Mißtrauensantrag einzubringen. Die Frage, ob Aussicht besteht, die Mehrheit zu bekommen und die Regierung wirklich zu stürzen, also die Frage nach Sinn und Zweck der ganzen Aktion, wird überhaupt nicht mehr gestellt. Das Kabinet Braun hat schon mindestens fünf Duzend Mißtrauensanträge überlebt und wird, wenn es so weitergeht, noch eine ganz Anzahl Mißtrauensantragsjubliiden feiern.

Der Landtag lehnte alle deutschnationalen Anträge zum Young-Plan, zur Auflösung des Stahlhelms und zum Volksbegehren ab.

Sabotage.

Ein Inflationsbegehrensfreund im Reichswirtschaftsministerium.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat wie alle Reichsminister durch Verfügung die Beamten seines Ressorts darauf hingewiesen, daß das Eintreten für das Inflationsbegehren nicht im Einklang mit der Dienstpflicht steht.

Ministerialrat Freiherr von Massenbach, dessen Aufgabe es gewesen wäre, diese Verfügung durch das Amtsblatt oder auf anderem Wege den Beamten und nachgeordneten Behörden bekanntzumachen, ist bisher dieser Aufgabe nicht nachgekommen.

Das Kreisblatt.

Hannover, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Die „Mitter-Zeitung“, Kreisblatt im Kreis Gifhorn, veröffentlicht im Hauptblatt folgende Bekanntmachung:

Anebelung der Meinungsfreiheit.

Beamte, wenn ihr euch nicht in die Riste für das Volksbegehren eintragen könnt, sorgt dafür, daß eure Frauen und Angehörigen es tun. Benutzt den Sonntag zur Eintragung.

Der Ausschuß für das Volksbegehren.

Der rechtsgerichtete Landrat von Wogenhoff hat es bisher nicht für notwendig erachtet, das von ihm besonders geschätzte Kreisblatt gebührend in die Schranken zu verweisen.

Höhere Beamte gegen das Hugenberg-Begehren.

Wie dem Amtlichen Preussischen Pressedienst mitgeteilt wird, hat der Vorstand der Hochgruppe der juristisch-verwaltungsmäßig vorgebildeten höheren Beamten in Preußen, in der die den preußi-

Den bößfälligen Antrag zum Skarrel-Standal, die Staatsregierung solle der Stadt Berlin befehlen, den Oberbürgermeister zurückzurufen, zogen die Deutschnationalen vor der Abstimmung unter allgemeiner Heiterkeit zurück.

Der Landtag beriet dann Grundvermögenssteuer, Gewerbesteuer und Hauszinssteuer für 1929. Diese Steuern sind glatt ein Duzendmal durchberaten worden. Einmal als Gesetze, dann, als die Obstruktion deren Verabschiedung in dritter Lesung verhindert hatte, als Rotverordnungen. Dann, als der Staatsgerichtshof die Rotverordnungen aufgehoben hatte, in neuer juristisch einwandfreier Form als Rotverordnung. Trotzdem liehen es sich die Parteien der Opposition nicht nehmen, noch einmal stundenlang zu reden. Nicht etwa über diese Steuern, über die gar nichts mehr zu sagen ist, sondern über alles und einiges: Häuserbau, Reichsfinanzreform, Zündholzmonopol, Bodenenden usw. Aber schließlich wurden die Rotverordnungen endgültig erledigt. Erst im nächsten Jahr geht das Theater wieder los: die Parteien der Opposition verschwenden auf diese Weise unendliche Zeit des Parlaments und eine ganz schöne Stange Geld. Auch hier ohne jeden Sinn und Verstand.

Von den Anträgen des Geschäftsordnungsausschusses wurden die auf Aufrechterhaltung der Immunität bestätigt.

Die 22 Anträge des Geschäftsordnungsausschusses, durch die für nationalsozialistische und kommunistische Abgeordnete die Immunität aufgehoben werden soll, wurden obstruiert und werden erst im November erledigt werden. Aber wenigstens ist durchgeführt worden, daß diese 22 Fälle in einer Debatte abgehandelt werden. Die Oppositionsparteien wollten 22mal darüber reden!

Am Donnerstag wird sich der Landtag mit dem Goslarer Schulstandal befassen und sich dann bis nach den Kommunalwahlen vertagen.

ischen Oberpräsidenten, Regierung und Polizeipräsidenten angehörenden höheren Verwaltungsbeamten zusammengesetzt sind, in seiner Sitzung vom 23. Oktober d. J. einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Da unsere Mitglieder als Organ der Staatsregierung bei der Durchführung staatspolitischer Aufgaben in maßgeblicher und verantwortlicher Weise beteiligt sind, halten wir uns aus staatspolitischen Erwägungen für berechtigt und verpflichtet, unsere Mitglieder vor jedem Eintreten für das Volksbegehren zu warnen. Abgesehen von allen sonstigen Bedenken gegen das Volksbegehren mißbilligen wir auch aus beamtenpolitischen Gründen, insbesondere den § 4, der verantwortliche Beamte, die lediglich in Erfüllung ihrer Pflicht handeln, als Landesvertreter bestraft wissen will.“

Evangelische Kirche für Hugenberg.

Das Evangelische Wohlfahrts- und Jugendamt Berlin-Schöneberg, das seinen Sitz im Schöneberger Rathaus hat, verteilt eine Zeitschrift „Neulandblatt, für erneuertes Christsein, für wahres Deutschtum“. In dieser Zeitschrift wird aufgefördert, sich für das Hugenberg-Begehren einzusetzen.

Das evangelische Wohlfahrts- und Jugendamt betreibt also rechtsradikale Parteipropaganda!

Die Stresemannstraße in Saackebuden — Umbenennungsvorschlag für die Luisenstraße — ist von der Stadtvertretung beschlossen worden.

Der Zerfall der K.P.J. Mit zwei gemäßigten kommunistischen Gemeinderäten zu St. Denis hat sich die gesamte Fraktion sozialistisch gegen die Zentrale erklärt.

Idiosyncrasie muß wegen seiner schweren Krankheit noch weiter die Wiesbadener Kur gebrauchen.

Banfrach in Kiel.

Admirale und Handelskammerpräsidenten im Aufsichtsrat.

Kiel, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Die 1872 gegründete Kieler Bank in Kiel hat Verluste erlitten, die mehr als doppelt so hoch sind als das gesamte Aktienkapital und die Höhe fast der Gesamteinlagen erreichen, die in der Bilanz von Ende 1928 aufgeführt sind. Die Verluste sind aus tausenden Kreditgeschäften und aus Manipulationen entstanden, die nach der vorliegenden Meldung für eigene Rechnung der Direktoren gemacht wurden und, wie es heißt, durch Buchfälschungen der Kontrolle des Aufsichtsrats entzogen wurden. Die Verluste betragen nahezu 3 Millionen Mark. Das Aktienkapital ist voll verloren, aber auch die Bankgläubiger werden weitaus den größten Teil ihrer Einlagen nicht wiedersehen. Der Zusammenbruch wurde dadurch herbeigeführt, daß die Deutsche Bank sich angesichts des Vertrauensbruchs der Direktion gewigert hat, Hilfe zu gewähren.

Es kann kein Zweifel darüber sein, daß, wenn wirklich Buchfälschungen vorliegen, diese Fälschungen sehr lange Zeit durchgeführt worden sind und von den Bilanzprüfern und dem Aufsichtsrat hätten entdeckt werden müssen. Es handelt sich also nicht um einen rein zufälligen Fall, der die Direktoren betrifft, sondern wieder einmal um ein vollständiges Versagen der Institution des Aufsichtsrates. Auch die Deutsche Bank ist für den Zusammenbruch mitverantwortlich, denn in dem Aufsichtsrat sitzt Herr Kurt v. Sadow, der Leiter der großen Filiale der Deutschen Bank in Hamburg. Außerdem sitzt Herr Konrad Seibel im Aufsichtsrat, der Handelskammerpräsident in Kiel ist und der Vizeadmiral Gädike, Eggellens, der sich mit den Benannten und einem in der Schifffahrt tätigen Konsul Sartori in die Aufsicht teilte.

Ein neuer Fall, in dem die privatkapitalistische Wirtschaftsführung, deren Hohenlied von den deutschen Unternehmern alle Tage gesungen wird, wieder einmal versagt hat. Daran muß in der Zeit, in der der Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft Trumpf ist, nachdrücklich erinnert werden.

Hugenberg und die Länderpolitik.

Koalitionstrife in Bayern.

München, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Konflikt innerhalb der bayerischen Regierungskoalition, der durch die enge Gemeinschaft der Deutschnationalen mit den Nationalsozialisten entstanden ist, spitzt sich weiter zu. Auch Ministerpräsident Dr. Heß hat inzwischen auf einer Tagung der Deutschen Volkspartei in Regensburg dazu Stellung genommen und erklärt, daß er das Volksbegehren für einen großen Fehler halte und den Schritt der Deutschnationalen aufs tiefste bedauere.

Für die bayerische Innenpolitik würden sich aus dieser ganzen Entwicklung Verhältnisse ergeben, die, wenn die Dinge weiter auf die Spitze getrieben würden, auch zu Weiterungen führen könnten. Es könnte der Zeitpunkt eintreten, wo es der Bayerischen Volkspartei vom Standpunkt der Ehre und einer sachlichen Politik aus unmöglich wäre, in einer solchen Koalition zu bleiben. Gerade in einem Augenblick, wo es im letzten Stadium um die Erhaltung der bayerischen Staatlichkeit geht, werde dieser Feuerbrand unter die staatsrechtlichen Elemente des bayerischen Volkes getragen, und er für seine Person lehne heute schon die Verantwortung dafür ab, was sich aus diesen Verhältnissen für den Kampf um Bayerns Staatlichkeit entwickeln könne.

Regierungsverlegenheit in Württemberg.

Stuttgart, 23. Oktober.

Der Württembergische Landtag hat einen von dem Abgeordneten Reil (Sozialdemokrat) zum dritten Male gestellten Antrag auf Stellungnahme des Württembergischen Landtages zum Volksbegehren mit 34 gegen 34 Stimmen, also mit Stimmengleichheit, abgelehnt.

Niederlage der Kankingtruppen.

Sieg des „christlichen“ Marschalls.

Weking, 23. Oktober.

Es ist am Dienstag der Armee Fengs nach dreitägigem Kampf gelungen, die Front der Regierungstruppen 127 Kilometer von Hankau zu durchbrechen. Man erwartet, daß Feng die Stadt Hankau einnehmen wird. Die Armee Fengs hat in diesen Kämpfen 2000 Gefangene gemacht, 17 schwere Geschütze und viele Maschinengewehre erbeutet.

England und Afghanistan.

Ein Telegramm Hendersons.

London, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Außenminister Henderson hat an das afghanische Außenministerium ein Telegramm geschickt, in dem es u. a. heißt: „Ich habe die Ereignisse der letzten Tage mit größtem Interesse verfolgt und hoffe inländisch, daß sich die Erwartungen auf ein im Innern friedliches, freundliches, hartes und unabhängiges Afghanistan verwirklichen und die alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und Afghanistan wiederhergestellt werden.“

Wie aus Kabul gemeldet wird, hat der türkische Außenminister dem neugewählten Herrscher Rabir Khan telegraphisch die Anerkennung der neuen afghanischen Regierung durch die Türkei ausgesprochen. Eine andere Meldung aus Kabul besagt, daß Rabir Khan die — Umwandlung Afghanistans in eine Republik plane.

Der Zollfriedensvertrag.

Genfer Wirtschaftsausschuss bereitet ihn vor.

Der Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes wird am 24. d. M. in Genf unter dem Vorsitz von Staatssekretär Dr. Trendelenburg zusammentreten. Die Aufgabe dieser Tagung wird darin bestehen, in Ausführung der Beschlüsse der Vollversammlung des Völkerbundes vom September dieses Jahres den Entwurf für einen zwei- bis dreijährigen Zollfriedensvertrag auszuarbeiten, der der für Februar 1930 geplanten diplomatischen Konferenz als Verhandlungsgrundlage dienen soll. Außerdem wird der Wirtschaftsausschuss zu den Ergebnissen der im Oktober abgehaltenen Sachverständigenberatung über die internationale Kohlenfrage Stellung nehmen und laufende Geschäfte erledigen.

Ihre Sorge.



„Wadere Familie, Ihr habt Euch als einzige vollzählig eingetragen. Gewiß hat Euch die Sorge um Deutschlands Zukunft nicht ruhen lassen!“
„Nje Panje. Haben gehobt Sorge, daß Pan Gutscherr uns lindsayt Bohnung.“

Bestochene Deutschnationale.

Die käuflichen Proturisten der Raiffeisen-Bank.

Der Raiffeisen-Untersuchungsausschuss des Landtags nahm am Mittwoch die weitere Berichterstattung über die eingestellten Strafverfahren in der Raiffeisen-Sache entgegen.

Dabei stellte sich heraus, daß die Mehrzahl der deutschnationalen Proturisten der Raiffeisen-Bank in schwerster Weise von den Kunden der Raiffeisen-Bank bestochen und geschmiert waren.

Es handelte sich nicht, wie etwa im Skarel-Fall, etwa um die Frage kleiner Gefälligkeiten oder Vergünstigungen, sondern um erhebliche Summen von diesen zehntausend Mark. Eine Strafbarkeit aber ist nicht gegeben, weil nach der Darstellung des Regierungsvertreters, Landgerichtsrat Braun, Bestechlichkeit bei Privatangelegenheiten nicht ohne weiteres strafbar ist.

Im Falle Thias u. Co. ergab sich folgendes: Der Inhaber dieser Firma, Wilhelm Thias, hat durch eine gerissene Buchfälschung die Raiffeisen-Bank um 750 000 M. betrogen. Seiner gerichtlichen Aburteilung hat er sich durch Selbstmord entzogen. Mitbegründer und Mithhaber der Firma Thias u. Co. war der Raiffeisen-Proturist Lannen. Er will jedoch an der Kreditgewährung für Thias nicht mitgewirkt haben. Fest steht jedoch, daß der Proturist Dr. Lange, ehemals Sojus des deutschnationalen Landtagsabgeordneten und Rechtsanwalts Dr. Lübeck, mit Thias dunkle Geschäfte gemacht hat, bei denen er 5000 Dollar einsah und 7000 Dollar „verdiente“. Der jüngere Bruder des Thias behauptet allerdings,

daß Dr. Lange gar keine Geschäfte mit Thias gemacht habe, sondern daß die 7000 Dollar gleich 29 400 M. ein teines Schmiergeld und Geschenk des Thias an Lange für die Beihilfe zu den Krediten gewesen sind.

Der gleiche Dr. Lange ist mit 40 000 M. wegen Steuerhinterziehung bestraft. Offenbar wegen der hierdurch bewiesenen „Zuverlässigkeit“ ist er jüngst zum Notar ernannt worden!!!

An der Firma Kulak u. Müller, Wallstab hat die Raiffeisen-Bank über 200 000 M. verloren. In dieser Firma war der Raiffeisen-Proturist Krause als Aktionär beteiligt und war außerdem Vorsitzender des Aufsichtsrats. Außerdem gehörte der Raiffeisen-Direktor und deutschnationaler Landtags-

abgeordnete Seemann-Eggebert — der eben erst in Leipzig die Klage der deutschnationalen Landtagsfraktion vor dem Staatsgerichtshof vertreten hat — dem Aufsichtsrat der Firma an. Die Kredite sind dadurch zustande gekommen, daß Krause, der gleichzeitig Raiffeisen-Proturist und Aufsichtsratsvorsitzender bei Kulak u. Müller-Wallstab war, eigenmächtig Schecks dieser Firma honorierte und ihr Barkasse auf Lohngehälter gab. So genoh diese Firma statt des ihr bewilligten Kredits von 5000 M. bald einen solchen von 215 000 M., der zu vier Fünfteln verloren ging.

Selbst bei Krause hat die Staatsanwaltschaft angenommen, daß ihm die Schädigungsabsicht gegenüber der Raiffeisen-Bank gefehlt habe, weil er die Firma Kulak u. Müller-Wallstab für zahlungsfähig gehalten habe.

Dieser Krause ist aber noch ganz besonders belastet, weil er von dem berühmten Uralkess, an den die Raiffeisen-Bank bekanntlich 20 Millionen verlor, die Summe von 85 000 M. als „zinsloses Darlehen“ erhalten hat, d. h. in Wirklichkeit als Geschenk.

wie der Regierungsvertreter betonte. Für diese 85 000 M. hat sich Krause eine Villa in Lichterfelde gekauft, die allerdings auf den Namen der Firma Kulak u. Müller eingetragen wurde. Kurz bevor diese Firma Konkurs machte, wurde jedoch die Nebeneignung der Villa an Krause vollzogen.

Zu diesen Fällen von Bestechung kommen noch weitere. So erhielt z. B. für die Vermittlung eines Zwischenkredits von 1 1/2 Millionen an den Grafen Rothenburg — dieser Kredit ging gleichfalls verloren — der Proturist Krause ein Schmiergeld von 15 000 M. Der Proturist Dr. Lange hat auch von weiteren Kunden der Raiffeisen-Bank nach eigenen Zeugenaussagen beträchtliche Schmiergelder erhalten, z. B. von dem Konzerninhaber Sauermann, der sich jedoch der Höhe dieser Gelder „nicht mehr erinnern“ will.

Fest steht, daß Dr. Lange bei seinem Ausscheiden aus der Raiffeisen-Bank ein Vermögen von mehreren hunderttausend Mark besaß, während er vorher mittellos war.

Das sind die deutschnationalen Vorkämpfer gegen Korruption und für geschäftliche Sauberkeit!

Der Kampf um Wien.

Seiß' Rede im Nationalrat.

Wien, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Im Nationalrat wurde die erste Lesung der Verfassungsvorlagen zu Ende geführt.

Der Großdeutsche Gleissin protestierte dagegen, daß man sich Reichsbannerleute zur Schutzhundkonferenz verschrieben habe. Diese Leute hätten sich zu der Erklärung erdreistet, daß sie im Falle eines Bürgerkrieges ihren österreichischen Freunden Hilfe leisten würden. Es zeuge von wenig nationalem Gefühl, daß man daran denke, Deutsche gegen Deutsche aufmarschieren zu lassen. (Heimwehr und Stahlhelm ausgenommen! Red. d. „N.“)

Bürgermeister Seiß

erklärte, nicht als Sozialdemokrat, sondern als Bürgermeister von Wien zu sprechen und als aller Wiener, dem das Schicksal der Stadt am Herzen liege. Wenn man wünsche, daß Wien aufhöre, Bundesland zu sein und wieder dem Bande Niederösterreich einverleibt werden solle, so erkläre er, das wolle Wien nicht, das wolle Niederösterreich nicht, das wolle kein Christlichsozialer und kein Sozialdemokrat in Wien. Wien müsse Bundesland bleiben wie bisher und kein Mensch in Wien sei bereit, für irgendein Zugeständnis die Rechte des Bundes Wien preiszugeben. „Wir werden uns — so fuhr Seiß fort — keines unserer Rechte rauben lassen. Wenn die Heimwehr vom Marsch nach Wien und von der Eroberung Wiens spricht, so werden die Bauern schon so geschicklich sein und nicht mittun. Die Wiener haben sich zweimal gegen die Janitscharen verteidigt. Sie haben sich gegen Habsburg gewehrt, wenn es sie unterdrücken wollte.“

In Wien lebt die Tradition des Jahres 48, wo Arbeiter und Bürger sich gegen die Kanonen und Gewehre der

Habsburger stellten. Dieses Wien wird nicht erobert werden. Nicht von den Karren, die den Marsch nach Wien predigen, aber auch nicht von denen auf der Regierungsbank, die einen Verfassungsbruch planen. Dieses Wien wird von niemand erobert und von niemandem unterdrückt werden. Der Verantwortlichkeitsgefühl besitzt, muß endlich einmal aufhören, von Gewalt und von der Unterdrückung Wiens zu reden. Der Haß gegen Wien ist in Wirklichkeit der Haß gegen die Stadt, welche Hart der Demokratie und Beschützer der Republik ist. Wenn man Wien seine Selbständigkeit rauben will, so wird sich Wien ebenso dagegen verteidigen wie sich Hamburg dagegen verteidigen würde, wenn man ihm sein Recht als selbständiges Land nimmt.“

Eine Heimwehrede hielt der Christlichsoziale Raab, der sagte u. a., die Heimwehren würden in dem Augenblick abrüsten, wo die Befreiungsfreiheit der Arbeiter in den Betrieben gesichert sei. Die Heimwehren hätten sich nicht zu dem Zweck gerüstet, um einen Putsch zu unternehmen; wenn aus einzelnen Äußerungen ein solcher Eindruck entstehe, so habe es sich um eine Entgleisung gehandelt, wie sie ja auch auf anderer Seite vorgekommen seien.

(Die Befreiungsfreiheit der Arbeiter wird in den Worten der Alpen Montangeellschaft auf das schändlichste zugunsten der Heimwehr pergewolligt; daß von einem roten Terror keine Rede sein kann, beweist das Bestehen nicht unbedeutlicher christlichsozialer und deutschnationaler Gewerkschaften. Red. d. „N.“)

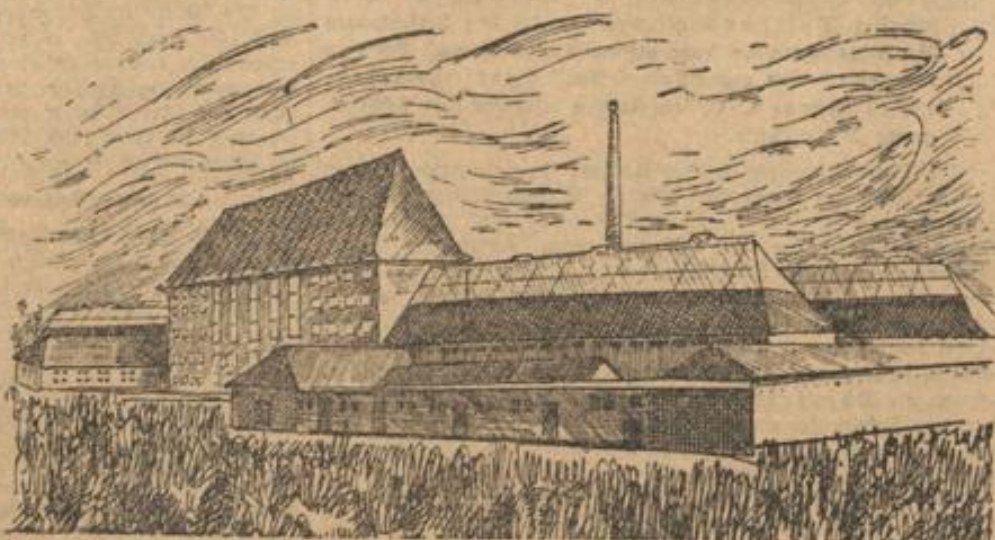
Die Angst der Sparer.

Wien, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Abhebungen bei den Banken und Sparkassen ist am Mittwoch noch stärker gewesen als an den vorausgegangenen Tagen. Bei einzelnen Banken mußten die Schalter zeitweise geschlossen werden, weil erst Bargeld geholt werden mußte.

Eine Musterstrafanstalt.

Die elektrische Straßenbahn, die Brandenburg mit Plauze verbindet, hält nach halbstündiger Fahrt mitten im Walde an der Station „Landesanstalt“. Es ist die große Heilanstalt für Geistes Kranke, die in zahlreichen im Walde verstreuten Pavillons untergebracht sind. Einige hundert Schritte weiter erheben sich an derselben Chaussee die imposanten Baulichkeiten der neuen Strafanstalt Brandenburg, die man zu einer Muster-einrichtung für den modernen Straf-vollzug ausgestaltet hat. Einen Vergleich mit einem veralteten Gefängnis hat man rasch zur Hand. Es ist das alte Zuchthaus, mitten in Brandenburg, an dem dieselbe Linie der elektrischen Straßenbahn vorüberführt: ein trostloser Backsteinbau mit mehr als mangelhaften Innenräumen. Entsprechend den neuzeitlichen Ansichten über den Strafvollzug hat man hier draußen, weit vor den Toren der Stadt, die neue Strafanstalt hingebaut. Längs der Chaussee steht eine Reihe von Beamtenwohnhäusern, die bei aller Schlichtheit doch architektonisch schön wirken. Vor der Kasse des rings abschließenden Waldes steigt das stattliche Hauptgebäude hoch; es enthält geräumige Hallen mit Aufnahme- und Abgangsabteilung, Desinfektion, Wartenraum und Einzelzellen für die Neuanfömmlinge. Im Obergeschoss die Verwaltungsräume, darüber Besessaal, Schulnassen und Gemeinshofsräume für die Gefangenen aus den Schlafsälen. Drei „Verwahrungsläger“ schließen sich an das Hauptgebäude und bilden jedes für sich ein Rechteck. Die großen



Höfe werden an der Außenseite von langgestreckten Arbeitsälen abgeschlossen.

Kesselraum und Wirtschaftsanlagen bilden den rückwärtigen Teil. In den Verwahrungslägen sind die Wohnzellen für eine Person und Kameradschaftszellen für drei bis fünf Gefangene sowie die Schlafzellen eingebaut. Die Wände der Zellen können zur Vergrößerung oder Verkleinerung des Raumes entfernt und wieder eingestrichelt werden. Rosen, Blumen und Gemüsedebete schmücken die Höfe. In der Nähe liegen Turnhallen, Sportplatz und Lazarett. Eine Mauer umschließt das 44 Hektar große Gelände, in dessen Bauarbeiten 900 Strafgefangene untergebracht werden können.

Einsturzunglück in Beuthen.

Fünf Arbeiter verschüttet.

Beuthen, O.-Schl., 23. Oktober.

Am Mittwoch nachmittag in der vierten Stunde ereignete sich beim Neubau der neuen städtischen Badeanstalt in Beuthen ein schweres Einsturzunglück. Durch eine einfallende Betondecke im ersten Stockwerk des Neubaus wurden fünf Arbeiter verschüttet. Welter wurden 14 Arbeiter verletzt, davon vier schwer.

Das Unglück scheint nach den bisherigen Feststellungen auf eine vorzeitige Loslösung der Verschalung der Betondecke, die mit Rücksicht auf die vorgezeichnete Jahreszeit noch nicht völlig getrocknet war, zurückzuführen zu sein. Vom Oberbürgermeister der Stadt Beuthen wurde sofort die Staatsanwaltschaft benachrichtigt. Der Staatsanwalt hat sich an die Unfallstelle begeben und die Ermittlungen eingeleitet. Die Bergungsarbeiten wurden sofort aufgenommen. Ob man von den Verschütteten noch jemand lebend wird retten können, erschien gestern abend zweifelhaft.

Breslauer Korruptionsstandale.

Die Flucht des Rotars.

Die Breslauer Öffentlichkeit beschäftigt sich zurzeit mit zwei Skandalen. In einem Fall handelt es sich um das Verschwinden eines bekannten Konkursverwalters, der zweite Fall betrifft eine Disziplinarmessung gegen städtische Beamte.

Auffehen erregt besonders das Verschwinden des Konkursverwalters J. Cohn. Die Staatsanwaltschaft hat auf Grund einer Anzeige Haftbefehl gegen ihn erlassen, da der dringende Verdacht besteht, daß er sich Veruntreuungen hat zuschulden kommen lassen. Cohn selbst ist flüchtig. Man vermutet, daß er sich bereits ins Ausland begeben hat. Ein Abwesenheitspfleger ist bereits bestellt, der zusammen mit dem Gläubigerausschuß die Vorgänge prüft. Die Flucht des Konkursverwalters ist darauf zurückzuführen, daß Rechtsanwalt Dr. Wessert, als Mitglied des Gläubigerausschußes für den Konkurs der Schokoladenfabrik Lubette, eine unerwartete Reklamation im Bureau des Konkursverwalters vornahm, wobei sich allerdings Unstimmigkeiten in der Buchführung bzw. in dem Kassenbestande ergaben. In einer Besprechung der Justizpressestelle mit den Vertretern der Presse wurden Mitteilungen gemacht, in denen u. a. festgestellt wurde, daß die Bücher Cohns korrekt geführt sind. Die Zahl der Konkurse, die Cohn bearbeitete, betrug in Breslau 8, in der Provinz 22. Die Staatsanwaltschaft glaubt, daß Cohn die Lieberstadt verloren und daß dadurch eine Vermengung seiner Privatinteressen mit den zu verarbeitenden fremden Massen stattgefunden hat. Ob hier strafbare Handlungen (Unterdrückung und Untreue) vorliegen, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Der Abwesenheitspfleger, Rechtsanwalt Fröhlich, glaubte verneinen zu können, daß eine Gefährdung der Konkursmasse zu befürchten sei.

Bei der zweiten Affäre handelt es sich darum, daß seitens des Oberbürgermeisters plötzlich eine disziplinarische Untersuchung gegen städtische Beamten eingeleitet worden ist. Diese werden beschuldigt, von einer Inflationsfirma Geschenke entgegengenommen und diese bei Vergebung von städtischen Aufträgen weitgehend bevorzugt zu haben. Die Firma ist inzwischen in Konkurs geraten. Bei der Nachprüfung der Bücher haben sich auch besondere Konten über die an die Beamten gemachten Geschenke vorgefunden. Das Städtische Presseamt teilt hierzu mit, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Ermittlung davon gewarnt werden muß, es als erwiesen anzusehen, als ob alle Beamten und Angestellten, die Privataufträge an Wirt erteilt haben — von manchen Seiten ist die Zahl 40 genannt — sich in Verbindung hiermit disziplinarisch strafbar gemacht haben. Das soll erst durch die Ermittlung festgestellt werden.

Feuer auf Bahnhof Savignypfah.

Stationsgebäude niedergebrannt. — Verkehrsstörung.

Am Mittwoch brach in dem Stationsgebäude auf dem Bahnhöfe des Stadtbahnhofes Savignypfah in Charlottenburg kurz nach 10 Uhr Feuer aus. Das Gebäude wurde von den Flammen völlig zerstört. Der Stadtbahnverkehr war dadurch längere Zeit gestört.

Gegen 10 Uhr hielt sich der Stationsvorsteher, nachdem er kurz zuvor einen Zug abgefertigt hatte, in dem Dienstraum des Gebäudes auf, um einige Eintragungen zu machen. Plötzlich gab es einen kleinen Knall und aus einer Ecke des Raumes, in der die Schalkomagen liegen, schlug eine Flamme hervor, die sofort die hölzernen Wandbekleidung in Brand setzte. Der Beamte fand gerade noch Zeit, den brennenden Raum zu verlassen, denn bereits Sekunden später, brannte es im Innern des ganzen Dienstgebäudes schon sichtbar.

In aller Eile wurden die auf dem Bahnsteig befindlichen Fahrgäste hinabgeführt und gleichzeitig die nach Savignypfah unterwegs befindlichen elektrischen Stadtbahnzüge auf der Strecke blockiert. Als die Feuerwehr auf den Alarm mit drei Löschzügen unter Leitung des Oberbaurats Berg anrückte, war die Situation äußerst gefährlich.

Das Dienstgebäude stand in hellen Flammen und das Dach des Bahnhöfes brannte in einer Länge von fast 30 Metern.

Besonders im Innern des brennenden Gebäudes fand das Feuer an Holzschränken, Tischen, Ästen, Kabein usw. reiche Nahrung.

Die Telefon- und Telegrapheneinrichtungen wurden vernichtet. Das Dach des Bahnsteigs, das mit einer Leerdicht bedeckt ist, brannte unter so starker Qualmentwicklung, daß die Löschtruppen nur mit Rauchmasken dem Feuer zu Leibe rücken konnten.

Der Verkehr war im Umfange lahmgelegt. Der Strom wurde sofort ausgeschaltet, um weiteres Unheil zu vermeiden. Durch Umleitungen auf den Stationen Zoo und Charlottenburg gelang es, den Betrieb einige Zeit später notdürftig aufrechtzuerhalten. Um 10.35 Uhr war die Gefahr soweit beseitigt, daß Oberbau Rat Berg den Bahnhof für den Verkehr wieder freigab. Die einlaufenden Züge mußten bis zum Kopf des Bahnhofes fahren, so daß die letzten Wagen von der Brandstelle, die mit rauchenden Trümmern dicht besetzt war, etwa 10 Meter entfernt hielten. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis gegen 13.30 Uhr.

Die amtliche Untersuchung hat einwandfrei ergeben, daß der Brand durch einen Kurzschluss im Umformerwerk Zentralischer Garten hervorgerufen worden ist. Die Wiederherstellungsarbeiten auf dem Bahnhof Savignypfah werden mit größter Beschleunigung durchgeführt. Die durch den Brand zerstörten Fernsprecheinrichtungen konnten bereits gestern im Laufe des Nachmittags wieder neu hergerichtet werden. Dagegen muß die Wiederherstellung des automatischen Signalsystems auf der Strecke Zoo-Savignypfah voraussichtlich ein bis zwei Tage beanspruchen.

Zeppelin über Spanien.

Nach einem von Bord des Luftschiffes in Friedrichshafen eingegangenen Funkpruch befand sich „Graf Zeppelin“ gestern um 18 Uhr über Barcelona.

Johann Komáromi:
 11] **Ate, Kosaken!**
 Aus dem Ungarischen
 von Alexander von Sacher-Masoch
 Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

Der jüngere Bruder meiner Mutter trieb das Gewerbe meines Großvaters und arbeitete in der Werkstatt, die in die Vorhalle mündete, von früh bis spät, während er mit aufgerollten Hemdsärmeln, meines Vaters alte Artillerkammüge auf dem Kopfe, zufrieden vor sich hinsah. Er schob die Soldatenmüge auf den Hinterkopf zurück und es war ausgemacht, daß er im Frühjahr heiraten werde. Deshalb arbeitete er mit jovieller Freude. Außerdem lebte auch nach mein Urgroßvater im Hause. Aber er war schon so alt, daß er den ganzen Tag lang auf der Ofenbank kauerte, sich den Rücken wärmend. Er mochte schon neunzig Jahre alt sein. Sein gelbliches Haar fiel ihm bis auf die Schultern herab, er hatte nur mehr drei Zähne und infolgedessen berührte sich seine Nase fast mit dem Kinn. Aber seine Gesichtsfarbe war rot. Er wärmte sich dort auf der Ofenbank, die Augenbrauen senkten sich wie Dächer über seine ungemüß blinzeln Augen, und in den meisten Fällen schwieg er. Draußen prasselte der Schnee, meine verheiratete und meine ledige Tante arbeiteten beim Spinnraden, mein Großvater hatte irgendwo in den Ställen zu tun, Großmutter bereitete das Mittagbrot, die Wanduhr klapperte ihr eiliges Tack-Tack, in der Werkstatt blies mein Onkel irgend ein sehnsuchtschweres Soldatenlied, und der Alte sah da, wärmte sich den Rücken und schwieg.

Er regte sich nur dann, wenn mein Onkel aus der Werkstatt den Kopf hereinsteckte. Und so oft er zur Tür herein sah, hob Großvaterchen die struppigen Augenbrauen zu ihm auf. Mein Onkel verstand bereits dieses geheime Zeichen und flüsterte ihm zu: „Nach dem Essen, Großvaterchen. Jetzt würde mans bemerken.“

Und Großvaterchen schickte sich ohne ein schlechtes Wort daran, daß es erst nach dem Essen sein solle.

Nach dem Essen stand mein Großvater auf, sprach das Tischgebet und alle gingen ihrer Arbeit nach. Dann erschien

mein Onkel und drückte Urgroßvaterchen eine Deziflasche in die Hand. Großvaterchen bedeutete mit den Augenbrauen, daß die Sache in Ordnung gehe und verbarg die Flasche unter seinem Hemd. Aber wenn ihn niemand sah, hob er sie an die Lippen. Und er hob sie so oft unter seine Nase, bis sein Gesicht plötzlich hochrot wurde, dann fuhr er sich mit der Hand in das Haar und begann mit zitteriger, sehr zitteriger Stimme zu singen:

„Es nahen Reiter im Abend,
 Schwarz wie Adler trabend.
 Seid willkommen, ihr Besjuren,
 Seid geädert, ihr Panduren...“

Ich erinnere mich heute nurmehr auf vier Zeilen dieses aufreißerischen Gesanges. Denn es war ein revolutionäres Lied; gegen die großen Herren gerichtet von der ersten bis zur letzten Zeile. Zitternd begann es Großvaterchen, aber wenn er sich so recht hineinverleiert hatte, griff er in seine wehende Mähne, senkte sein Haupt mit einem Ruck, und die Tränen kolkerten aus seinen Augen. Dann erhob er — genau so plötzlich — sein graues Haupt, streckte seinen dünnen Arm in die Luft, fuchtelte hin und her und sohlte:

„He-e-e-!... Ha-a-a-!...“

An dieser Stelle medierte er bereits ein wenig, da er schon außer Atem war. Infolge des heiferen Gesanges trat gewöhnlich meine Großmutter oder irgendeine meiner Tanten in die Stube und betrachtete kopfschüttelnd die große Laune des Alten: „Haben wir schon wieder eins hinter der Binde gegossen, Alter? Von wem ist der Schnaps?“

Das war mehr, als der Alte vertragen konnte! Er schrie sie mit kreischender Stimme an: „Was kümmerts euch? Marsch hinaus, marsch von da, luviel ihr seid, sonst zünde ich gleich das Dach über eurem Kopf an!“

Dann waren sie still. Zum Glück gelang es, diese Episoden vor meinem Großvater geheim zu halten. Denn es war sein harter Befehl, daß man vor Urgroßvaterchen alles Trinkbare verstecken sollte. Aber meinen Onkel erbarmte der Alte im geheimen, und daher kam es, daß Urgroßvaterchens Brauen aufzuckten, so oft mein Onkel zur Tür hereintrat: „Nun, wird es?“

Urgroßvaterchen war sonst ein schweigsamer, sehr schweigsamer Mensch. Aber, wenn er ein, zwei Deci hinter der Binde hatte, dann holte er alle Heiligen vom Himmel herunter und belegte die großen Herren mit beleidigenden Ausdrücken. Dann erwähnte er seinen Freund, einen gewissen

Georg Dozsal, drohte mit den Fäusten und wünschte sämtliche Grafen zur Hölle, die schuld waren, daß die armen Leute niemals satt werden konnten.

„Die Kräfte in ihre Haut! Nun, wir werden ihnen schon unterzünden, Freunden! Nur Geduld!“

Dieses „Freunden“ war ich, da um diese Zeit gewöhnlich die anderen die Stube bereits verlassen hatten. Mein Urgroßvater war ein harter, selbstbewusster Kosak, seine aufreißerische Natur übertraf sogar die des Oberkosaken in der Zeit, während er auf dieser Erde lebte, der Arme. Aber diese revolutionäre Flamme wurde immer schwächer, denn die geheimen Schnaps wurden immer seltener. Er wärmte sich den Rücken, schnaufte, schlief ein oder hob die Brauen und sah in den Schneesturm hinaus, nachdenklich und schweigend.

Das Wetter ließ nicht nach. Der Wind blies von der polnischen Grenze her und die Dächer und Rauchfänge dröhnten. Das Dorf lag im Schnee verweht, und schon seit Wochen kamen keine regelmäßigen Nachrichten. Manchmal, an schlaflosen Nachmittagen, glitten schellenklingend Schlittengespanne vorbei. Auch von meiner Mutter hatten wir seit dem Herbst keine Nachricht. Denn um diese Zeit wohnten wir vier Dörfer weiter, und mich hatte man schon im September herübergebracht zur Schule. Nur mein kleiner Bruder blieb daheim bei meiner Mutter, die damals schon kränklich war, die arme. Sie spürte Schmerzen im Kopf und in der Seite und mochte sich sehr einsam fühlen, denn es war viel, wenn mein Vater an jedem Wochenende einmal heimkam. Unentwegt ging er den Weg der Kosaken. Und da ich oft von meiner Mutter sprach, sagte meine Großmutter eines Vormittags in der Werkstatt zu meinem Onkel: „Nohann, mache dich fertig und gehe zu Maria hinüber. Die arme, vielleicht ist sie schon gestorben...“

Mein Onkel nahm seine Soldatenmüge vom Kopfe und begann sich anzukleiden. Etwa nach einer Stunde erschien er in großen Stiefeln, Pelz, mit der Art über der Schulter. Er rechnete mit wilden Tieren auf der Landstraße. Meine Großmutter stopfte seine Seitenbeutel voll mit Schinken und Käse und hängte noch eine Speckseite dazu, denn es war nahe vor Weihnachten. Wir rechneten damit, daß meine Mutter daheim vielleicht Rot litt. Nachdem mein Onkel vollgepackt war wie ein Stachelschwein, das überwintern will, zog er seine ziegenledernen Handschuhe über, verabschiedete sich von den Hausbesitzern und schritt in den Schneesturm hinaus.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Partei. Sozialismus und Kultur.

Die Frankfurter Tagung des Sozialistischen Kulturverbandes, die sich mit den Fragen „Film und Kunst“ beschäftigte, hat weit über die Grenzen der Arbeiterklasse hinaus starke Beachtung gefunden. In dem oben erschienenen Oktoberheft der „Sozialistischen Bildung“ wird ein ausführlicher Bericht über die Tagung veröffentlicht. Gleichzeitig folgt der Leiter der Tagung, Genosse Heinrich Schulz, in einem besonderen Artikel die Ergebnisse der Konferenz zusammen und weist auf verschiedene Mängel und Minderpunkte hin, die in Verbindung mit der Tagung offenbar geworden sind.

Von den sonstigen Beiträgen des vorliegenden Heftes sei besonders auf den Artikel „Die historische Leistung von Karl Kautsky“ hingewiesen, in dem der ursprüngliche Bericht gewichtet wird, das Lebenswerk Kautskys unter dem Gesichtspunkt des historischen Materialismus zu werten. Wichtig sind hier auch die Anregungen Jenkess, die wissenschaftlichen Schriften Kautskys einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. — In einem längeren Artikel „Weltkonferenz für Erwachsenenbildung in Cambridge“ berichtet F. Schütz über die Arbeiten dieser Tagung, die wichtige Anregungen für die Praxis der Erwachsenenbildung gibt. — Ein Artikel von Professor G. Schünemann, „Musik für Arbeiter“, behandelt in fesselnder Form die Fortschritte, die auf dem Gebiet der Arbeitermusik erzielt worden sind.

Aus der „Sozialistischen Erziehung“, der ständigen Beilage der „Sozialistischen Bildung“, sei besonders auf den Artikel von G. Fuchs, „Ein Forschungsinstitut für Erziehungswissenschaft“ hingewiesen, in dem der Aufbau dieses in Braunschweig gegründeten Forschungsinstituts geschildert wird. — Die „Bücherwarte“ bringt wie immer eine Fülle von Besprechungen wissenschaftlicher und schoneffektiver Neuerscheinungen.

Die „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Bücherwarte“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1,50 M. für das Vierteljahr durch die Post, die Buchhandlung Dietz, Lindenstraße 2, sowie durch alle Fernvertriebs-Expeditionen zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Die Tribünenkarten zur heutigen Stadtverordnetenversammlung sind vergriffen!

1. Kreis Prenzlauer Berg. Parteitagessen. Freizeiter! Traktationsversammlung aller Parteimitglieder am Freitag, 24. Oktober, 19 Uhr, in den Räumlichkeiten, Pappelallee 15. Vortrag: Die kommunistischen Spaltungsbestrebungen in der Sozialisation und die Stellung der SPD. Freizeiter dazu! Die Kreisleitung. — Heute, Donnerstag, 24. Oktober, 19 Uhr, beginnt im Parteisaal des Kuriers Dr. Dönnigken: „Proletarisches Leben und Lebensweise im Wandel der Zeiten“.
2. Kreis Kreuzberg. Die amnestiabilisierte Sitzung der Freizeitergenossen findet nicht am 24. Oktober, sondern am Donnerstag, 24. Oktober, 19 Uhr, statt.
3. Kreis Mitte. Parteitagessen. Freizeiter! Traktationsversammlung aller Parteimitglieder am Freitag, 24. Oktober, 19 Uhr, in den Räumlichkeiten, Pappelallee 15. Vortrag: Die kommunistischen Spaltungsbestrebungen in der Sozialisation und die Stellung der SPD. Freizeiter dazu! Die Kreisleitung. — Heute, Donnerstag, 24. Oktober, 19 Uhr, beginnt im Parteisaal des Kuriers Dr. Dönnigken: „Proletarisches Leben und Lebensweise im Wandel der Zeiten“.
4. Kreis Kreuzberg. Die amnestiabilisierte Sitzung der Freizeitergenossen findet nicht am 24. Oktober, sondern am Donnerstag, 24. Oktober, 19 Uhr, statt.
5. Kreis Kreuzberg. Parteitagessen. Freizeiter! Traktationsversammlung aller Parteimitglieder am Freitag, 24. Oktober, 19 Uhr, in den Räumlichkeiten, Pappelallee 15. Vortrag: Die kommunistischen Spaltungsbestrebungen in der Sozialisation und die Stellung der SPD. Freizeiter dazu! Die Kreisleitung. — Heute, Donnerstag, 24. Oktober, 19 Uhr, beginnt im Parteisaal des Kuriers Dr. Dönnigken: „Proletarisches Leben und Lebensweise im Wandel der Zeiten“.

Heute, Donnerstag, 24. Oktober.

124. Abt. Köpenick. 20 Uhr Funktionärsversammlung im Lokal Nordhorn, Bülowstr. 24. — Sonnabend, 26. Oktober, 20 Uhr, Kundgebungsabend in den bekannten Lokalen.
125. Abt. Weißensee. Die Genosseninnen und Genossen beteiligen sich heute an der öffentlichen Wählerkundgebung in Lohndamm, Treffpunkt 19 Uhr bei Helms, Lindenberger Straße.

Morgen, Freitag, 25. Oktober.

104. Abt. Niederschönhausen. Ab 19 Uhr Wahlwerbungsversammlung mit Einladungen zur Wählerkundgebung am 1. November von Kommando, Berliner Straße 24. aus. Alle Wahlleiter müssen sich beteiligen.

Oeffentliche Wählerkundgebungen

Heute, Donnerstag, den 24. Oktober:

14. Kreis Neukölln-Brick. Haupttreffpunkt zur Demonstration um 19 Uhr Herzbergplatz. Vorher treffen sich die Abteilungen auf folgenden Plätzen: 89. und 90. Abt. 18 Uhr Reuterplatz; 91., 94., 95. Abt. 18 Uhr Raddinsplatz; 96., 97., 98. Abt. 18 Uhr am Bahnhof Hermannstraße; 99. Abt. 18 Uhr Hohenzollernplatz; 92. und 93. Abt. 18 Uhr Herzbergplatz, an der Treptower Straße.

Pankow. 19 Uhr in Lindners Konzerthaus, Breitestraße. Vortrag: Was hat die SPD. an kommunaler Arbeit in Berlin geleistet? Was wird sie weiter erreichen? Referent: Stadtverordneter Hermann Lempert. Unter Mitwirkung des Arbeitergefangenenvereins „Zukunft“, Pankow-Schönhausen.

Mariendorf. 19 Uhr im Saal von Mali, Chauffeestraße. Referent: Kurt Kiegmann.

Schönhausen. 19 Uhr im Lokal Schulz, Hauptstraße 8-9. Referent: Stadtrat Wilhelm Reimann.

Morgen, Freitag, den 25. Oktober:

1. Kreis Mitte. Oeffentliche Beamtendebatte um 19 Uhr im Haeckelhof, Kolonnenstr. 40/41. Stadtverordneter, Rektor Hans Boywod, spricht über das Thema: „Die Bedeutung der Kommunalwahlen für die Beamten.“ Alle parteigenösslichen Beamten müssen erscheinen.

3. Kreis Wedding. Jungwählerversammlung um 20 Uhr in der roten Schule, Götterburger Str. Referenten: Stadtrat Henke und Stadtjugendpfleger Hensel. Abend, es geht um eure Angelegenheiten! Sympathisierende sind eingeladen.

Wählerinnen und Wähler, erscheint in Massen!

121. Abt. Bezirk Borsdorf. Freitag, 24. Oktober, 19 Uhr, im Lokal Kell, Berlin, Markensandweg 23. Mitgliederversammlung. Vortrag: Berlin vor den Wählern. Referent: Stadtverordneter Christian Gutschalk. Alle Genosseninnen und Genossen müssen erscheinen.

12. Abt. 19 Uhr im Saal des Bakenholz, Zumbach 23. Mitgliederversammlung, verbunden mit Kassenrechnung, Musik und Tanz.

Sonnabend, 26. Oktober.

120. Abt. Friedrichshagen. In Tempels Kaffeehaus. Reichhaltiges Programm. Tanz bis früh 3 Uhr. Eintritt 1 M., einschließlich Tanz und Steuer. Gabe und herzlich willkommen.

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

Sitzung, Kreisleiter(innen) der Arbeiterwohlfahrt. Donnerstag, 24. Oktober, 20 Uhr, von 18-19 Uhr und Sonnabend, 26. Oktober, von 15-19 Uhr. Zimmer 11, Hof 2, 2. Etz., Zimmer 17.

Sitzung, Kreisleiter und Leiter der Arbeiterwohlfahrt. Es wird um möglichst schnelle Beilegung der Mängel bei der Arbeiterwohlfahrt mit der Kreisleitung und der Kreisleitung der Arbeiterwohlfahrt abgemacht werden.

11. Kreis Schöneberg. Freitag, 25. Oktober, 20 Uhr, im Rathaus Schöneberg, Zimmer 143. Vortrag über „Kommunale Wohlfahrtsarbeit“. Referent: Genosse Dr. Schick. Wie machen wir die Arbeiterwohlfahrt ausbreiten?

Jungsozialisten.

Gruppe Eden: Vortrag, Freitag, 24. Oktober, 20 Uhr, im Jugendheim Prenzlauer Berg. Vortrag: Die letzten Vorgänge in Polidina und die kommunistische Bewegung. Referent: Genosse Kiehm.

Gruppe Friedrichshagen: Vortrag, Donnerstag, 24. Oktober, 19 Uhr, im Jugendheim Köpenick, Hof 2, 2. Etz., Zimmer 17. Vortrag: Was ist die Arbeiterwohlfahrt? Referent: Hermann Hildebrandt. Interessierte sind herzlich willkommen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kreis Mitte. Wichtige Gruppenleiterkonferenz sämtlich 20 Uhr bei Genossen Helms, Pankow, 11. Hof 2, 2. Etz.

Kreis Kreuzberg. Vortrag, Donnerstag, 24. Oktober, 19 Uhr, im Jugendheim Köpenick, Hof 2, 2. Etz., Zimmer 17. Vortrag: Was ist die Arbeiterwohlfahrt? Referent: Hermann Hildebrandt. Interessierte sind herzlich willkommen.

18. Abt. Vales. Genosse Georg Burasch, Wilmersdorf, 5. Etz., hielt heute das Fest der Arbeiterwohlfahrt. Genosse Burasch ist ein alter Parteimitglied und auch heute noch sehr aktiv. Die Genosseninnen und Genossen sind herzlich willkommen.

Geburtstage, Jubiläen usw.

18. Abt. Vales. Genosse Georg Burasch, Wilmersdorf, 5. Etz., hielt heute das Fest der Arbeiterwohlfahrt. Genosse Burasch ist ein alter Parteimitglied und auch heute noch sehr aktiv. Die Genosseninnen und Genossen sind herzlich willkommen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

26. Abt. Unter Parteimitgliedern Felix und Dorothea ist nach langem Leiden verstorben. Erhebe seinen Abschied. Einbürgerung am Freitag, 24. Oktober, 15 Uhr, im Krematorium Buchholzpark.

28. Abt. Köpenick. Am 20. Oktober verstarb unser treuer Mitkämpfer, der Genosse Felix Traut vom Militär-Bezirk. Erhebe seinen Abschied. Einbürgerung am Freitag, 24. Oktober, 15 Uhr, im Krematorium Buchholzpark. Referent: Stadtrat Hermann Hildebrandt. Interessierte sind herzlich willkommen.

48. Abt. Am 19. Oktober verstarb unsere Genossin Helga Koster, ev. Kind, im 65. Lebensjahr. Erhebe ihren Abschied! Die Einbürgerung hat bereits stattgefunden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Erdbeerenstr. 2/28, Hof 2 Etz.

Freitag, 24. Oktober. 20 Uhr. Vortrag: Die Arbeiterwohlfahrt. Referent: Stadtrat Hermann Hildebrandt. Interessierte sind herzlich willkommen.

Referent: Stadtrat Hermann Hildebrandt. Interessierte sind herzlich willkommen.

20 Uhr. Vortrag: Die Arbeiterwohlfahrt. Referent: Stadtrat Hermann Hildebrandt. Interessierte sind herzlich willkommen.

20 Uhr. Vortrag: Die Arbeiterwohlfahrt. Referent: Stadtrat Hermann Hildebrandt. Interessierte sind herzlich willkommen.

20 Uhr. Vortrag: Die Arbeiterwohlfahrt. Referent: Stadtrat Hermann Hildebrandt. Interessierte sind herzlich willkommen.

20 Uhr. Vortrag: Die Arbeiterwohlfahrt. Referent: Stadtrat Hermann Hildebrandt. Interessierte sind herzlich willkommen.

20 Uhr. Vortrag: Die Arbeiterwohlfahrt. Referent: Stadtrat Hermann Hildebrandt. Interessierte sind herzlich willkommen.

20 Uhr. Vortrag: Die Arbeiterwohlfahrt. Referent: Stadtrat Hermann Hildebrandt. Interessierte sind herzlich willkommen.

20 Uhr. Vortrag: Die Arbeiterwohlfahrt. Referent: Stadtrat Hermann Hildebrandt. Interessierte sind herzlich willkommen.

Der niedrige Preis

gibt in unseren Verkaufs-Räumen immer wieder Anlaß zu hellstem Entzücken, einerlei, ob es sich um einen Mantel, ein Kleid oder einen Hut handelt.

Denn, daß Sie jetzt bei uns auch in ganz kolossaler Auswahl den neuen Hut zum neuen Mantel bekommen, das ist Ihnen sicherlich bekannt.

Und doppelt angenehm deshalb, weil Sie an unseren niedrigen Preisen gegenüber dem, was Sie auszugeben gedachten, so viel sparen, daß Sie der neue Hut dazu kaum noch etwas kostet.

Ist's nicht eine nette Idee? — Einen guten Mantel für wenig Geld und den Hut dazu!

Setzen Sie diese Idee in die Tat um — —

GEHEN



mit 45⁰⁰
Vornehmer
Glocken-
Mantel:
geschnittene
Veloursware,
elegante Arbeit;
fuchsfarbener
Pelzkragen,
ganz auf
gutem Füllter

mit 28⁷⁵
Hoch elegantes
Gesellschafts-
kleid: schicke
Kombination
aus Veloutine
mit Spitzen
in neuester
Prinzessform.
Viele Farben

Dieser vornehm-
liche Hut ist durch
seine Eleganz besonders
beachtenswert: schicke
Füllglocke mit Biesen
in sich garniert
mit 4⁵⁰

mit 23⁵⁰
Ganz auf gutem
Füllter: jugendlich-
fester Mantel aus
hübscher einfarbiger
Ware; reiche
Füllglocke mit
Biesen

mit 39⁷⁵
Ganz a. Stepp-
fester elegant-
er Orloman-
Mantel in
flotter Verarbeitung
mit gutem
Füllter, schöner
Fallenpartie
im Rücken

SIE ZU
Oranienstr. 40
Am Oranienplatz
Chausseestr. 113 Königstraße 33
Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz
C & A
BRENNINKMEYER

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Donnerstag zur Verfügung! — Schriftl. Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Börsengeschäft und Geschäftspolitik

Eine Woche Börsenschütterung und ihre Lehren.

Die deutschen Börsen, besonders aber die Berliner Aktienbörse, haben eine Woche hinter sich, der auch die Arbeiterschaft etwas Aufmerksamkeit widmen muß. Kurz hintereinander gab es mehrere ganz unerhofft einsetzende Stöße in das Kursgebäude der wichtigsten deutschen Aktien, für die es weder in der deutschen Wirtschaft, noch bei den einzelnen Unternehmungen eine Erklärung gab. Obwohl die ganze Welt weiß, daß das Volk an der Börse ein Volk eigener Art mit eigener Moral ist, schien selbst diese Börsenmoral schwer erschüttert. Man sah den Börsenvorstand in großer Aufregung Sitzungen einberufen und Beschlüsse fassen, das sogenannte Stützungsfortium der großen Banken mußte besonders energisch eingreifen, die seit ewigen Zeiten an der Börse nicht mehr persönlich tätigen hohen Bankchefs erschienen in eigener Person im Börsensaal, die Aufregung war ungeheuer, und weil in der Presse behauptet worden war, daß Mitglieder des Börsenvorstandes selbst unter Mißbrauch ihrer Amtsprivilegien Baissengeschäfte gemacht hätten, wurde noch ein Disziplinarverfahren gegen Pressevertreter angedroht, das übrigens im Sande verlaufen ist.

Die Börsenvorgänge selbst.

auf deren Hintergrund sich alle diese Dinge abspielten, sind an sich durchaus gewöhnlicher Natur. Nur weil auf dem internationalen Kapitalmarkt einige Veränderungen erfolgt waren, weil in Brüssel um eine Großhandlung und besonders auf die Berliner Börse hatte, deshalb herrschte in Berlin sehr große Unsicherheit. Diese Unsicherheit machte sich zunächst die immer vorhandenen Baissespekulanten zunutze, und wie bei großer Unsicherheit üblich, wurden die wichtigsten Nachrichten ausgebreitet, schließlich ließ man sogar französische Anleiheemissionen sterben, weil das Baissengeschäft dadurch rentabler zu werden schien.

Kurse am	16.10.	17.10.	18.10.	19.10.	20.10.	21.10.	22.10.	23.10.
Deutsche Bank	160 ^{1/2}	160	160	160	160	160	160	160
Siemens	116 ^{1/2}	114 ^{1/2}	115	112 ^{1/2}	113	110	110	110
M. & M.	177 ^{1/2}	175	175	172	173	168 ^{1/2}	170 ^{1/2}	170 ^{1/2}
Geffert	170	165	166 ^{1/2}	165 ^{1/2}	167 ^{1/2}	164	166 ^{1/2}	166 ^{1/2}
Sarpen	139	134	134 ^{1/2}	132 ^{1/2}	135	134	136	136
Hoch	122 ^{1/2}	115 ^{1/2}	115	113	115	113	114 ^{1/2}	114 ^{1/2}
W. & A.	213 ^{1/2}	210	211 ^{1/2}	210	209 ^{1/2}	208	207	207
Städt. Bank	146	145 ^{1/2}	147	145 ^{1/2}	149	142 ^{1/2}	144 ^{1/2}	144 ^{1/2}
Salzwerk	355	340	340	321 ^{1/2}	329	322	321 ^{1/2}	321 ^{1/2}
Siemens & Halske	326 ^{1/2}	326 ^{1/2}	326 ^{1/2}	315 ^{1/2}	316	302 ^{1/2}	310 ^{1/2}	310 ^{1/2}
Schulthess	280 ^{1/2}	276	276	272 ^{1/2}	274	269	271	271
Glückhoff	267	259 ^{1/2}	243	235	228	206	216 ^{1/2}	216 ^{1/2}
Ver. Stahlwerke	111 ^{1/2}	108	107 ^{1/2}	106 ^{1/2}	108 ^{1/2}	107 ^{1/2}	107 ^{1/2}	107 ^{1/2}

Die Dinge lagen also recht einfach, und wenn man sich einige der führenden Aktien und ihre Kurse im Laufe der letzten Woche ansieht, so ist im Ergebnis das Unheil nicht allzu groß gewesen. Die Kurse sind auch in der letzten Woche weiter zurückgegangen, nachdem schon sehr lange Zeit die Aktienkurse rückgängig waren; und bei einigen Spezialpapieren, in unserer Tabelle beispielsweise Siemens u. Halske, Salzwerk und Glückhoff, ergaben sich außerordentlich starke Kursrückgänge, die aber besonders, nur bei der Kursteilnahme nach leichter zu durchschauende Gründe hatten. Die Aufregung war also im großen und ganzen ziemlich überflüssig, wenn man bedenkt, daß es schließlich die Aufgabe der Spekulation ist, Geschäfte zu machen, wo sie sich bieten.

Die Ursachen der Aktienbaisse.

Man mag es nun bedauern, daß im großen und ganzen die auf den deutschen Börsen erzielten Kurse heute nicht mehr dem inneren Wert und auch nicht der Rentabilität der Unternehmungen entsprechen, die durch die einzelnen Aktien repräsentiert werden. Aber es ist Tatsache, daß das deutsche Großkapital, wenn es nicht selbst Baissespekulant ist, bisher an Zustandsbörsen und besonders nach New York gegangen ist, um dort Spekulationsgewinne zu machen. Es ist weiter Tatsache, daß deutsches Kapital in Massen

ins Ausland geflohen ist, um sich dem deutschen Steuerdruck und damit auch der Beteiligung bei der Aufrüstung der Kriegslasten zu entziehen. Schließlich ist es Tatsache, daß man die kleinen Kapitalisten nicht nur so schlecht behandelt, daß sie die Kapitalanlage in Aktien fürchten, sondern es hat auch das ständige Verlangen der Aufsichtsratskontrolle, das bei den letzten großen Zusammenbrüchen offenbar wurde, das Vertrauen der Aktionäre weiterhin sehr schwer erschüttert. Es ist leicht zu begreifen, daß der deutsche Kapitalmarkt auch an den Börsen in Deutschland schlechte Verfassung zeigen muß.

Was die Unternehmerpresse daraus macht.

Wertwändig ist aber, welche Konsequenzen die Unternehmerpresse in Deutschland aus diesen Börsenvorgängen zieht. Mehrere Großbankleiter haben im Verlauf der letztwöchigen Börsenschütterung erklärt, daß in der deutschen Wirtschaftslage im allgemeinen keine Erklärung für die Vorgänge gefunden werden könne. Der Präsident der New-Yorker National City-Bank, Mitchell, hat noch vorgestern ausdrücklich erklärt, daß nach seiner Ansicht Deutschland weiter gesunde Fortschritte machen und daß das Vertrauen Amerikas in die deutsche Wirtschaft unerschüttert sei. Dennoch hat die deutsche Unternehmerpresse versucht, für die innerpolitischen Ziele der deutschen Unternehmerpolitik besonders auf finanzpolitischem Gebiet aus den Vorgängen Kapital zu schlagen.

Die Berliner „Börsenzeitung“ zitierte in einem mächtigen Artikel ihrer Handelsabteilung die Rede des preussischen Ministerpräsidenten Brauns auf dem Jubiläumskongress des Vereins der Berliner Kaufleute und erklärte, diese Rede sei für die Baisse an der Berliner Börse verantwortlich, sie zerstöre den Kredit der deutschen Wirtschaft im Ausland, und die Kursstürze an den deutschen Börsen seien herbeigeführt durch Verkäufe von ausländischen Kapitalisten, bei denen die Rede des preussischen Ministerpräsidenten eine Vertrauenskrise herbeigeführt habe. Das schied die „Börsenzeitung“ freilich in einem Augenblick, in dem beispielsweise die „Industrie- und Handelszeitung“ darauf hinweisen mußte, daß die Börsenschütterung der letzten Woche ausschließlich auf lokale und allgemeine Vorgänge auf dem internationalen Börsenplätze außerhalb Deutschlands zurückzuführen seien.

Andere Blätter versuchten, gegen die deutschen Kommunisten Stimmung zu machen und damit den Kampf der Unternehmer gegen die öffentliche Wirtschaft zu fördern. Die sogenannte Mißwirtschaft in den Kommunen habe das internationale Kapital zu massenhaften Aktienverkäufen in Deutschland veranlaßt. Ganz allgemein wurde außerdem natürlich damit Stimmung gemacht, daß die Baisse auf den deutschen Börsen die Kursverluste und die niedrige Bewertung der deutschen Aktiengesellschaften endgültig „beweisen“, daß die kommende Finanzreform unbedingt den Besitz entlasten und die Kapitalbildung in Deutschland fördern müsse.

Die Lehre, die sich daraus ergibt, ist wichtig.

Es waren ganz einseitige Vorgänge gewöhnlicher finanzieller Art und ebenso ganz gewöhnliche Baissenanläufe, die innerhalb Deutschlands und besonders in Berlin zu der Börsenschütterung geführt haben. Der Kampf der deutschen Unternehmer für die Durchsetzung ihrer einseitigen Interessen ist der deutschen Innenpolitik hat aber bereits einen solchen Höhepunkt erreicht, daß es möglich ist, die bauliche Defensivität über die tatsächliche Ursache dieser Börsenvorgänge in die Irre zu führen. Das ist nun an sich weder verwunderlich, noch besonders bedauerlich. Niemand ist es in Deutschland bei der Auseinandersetzung zwischen den Klassen um so gewaltige Dinge gegangen wie heute, und es ist nur natürlich, daß den deutschen Unternehmern und ihrer Presse bei der Durchführung dieses Kampfes jedes Mittel recht ist. Die deutsche Arbeiterschaft muß aber erkennen, daß es sich bei allem, was heute in Deutschland zu sensationellen Ereignissen werden mag, in der Wirtschaft oder in der Politik, um einen Ausdruck dieser Auseinandersetzung zwischen den Klassen handelt. Sie muß es sehen und deutlich sehen, um ihre Abwehr und die Verteidigung ihrer Interessen um so wirksamer machen zu können.

Öffentliche Wirtschaft.

Dummer Angriff gegen den preussischen Ministerpräsidenten.

Die „Berliner Börsenzeitung“ hat es für richtig gehalten, die Zuschrift eines westdeutschen Großindustriellen zu veröffentlichen, in der der preussische Ministerpräsident Otto Braun wegen einer Bemerkung in seiner Rede „Staat und Wirtschaft“ angegriffen wird, die er beim Verein Berliner Kaufleute gehalten hat. Der westdeutsche Großindustrielle, der aus seinem ehrlichen Herzen keine Mordgrube macht, stellt fest, daß nur durch die Mißwirtschaft in den öffentlichen Betrieben der Arbeiter drallos werde, „denn wir werden konkurrenzunfähig und dadurch entstehen die Arbeitslosen. Ich glaube doch, es Sie das wissen wollen, und deshalb habe ich mir erlaubt, es Ihnen mitzuteilen. Wäre die Elektrizitätsindustrie in Privat Händen, dann versichere ich Sie, hätten wir andere Zustände. Ich brauche nur auf die Eisenindustrie zu verweisen (ausgerechnet die Eisenindustrie — d. R.), die trotz ununterbrochen gestiegener Löhne, Steuern und Soziallasten die Preise gesenkt hat und sich der Konkurrenz angepaßt, während bei den Betrieben der öffentlichen Hand das sogenannte starre System herrscht, ganz gleich, ob es der Industrie schlecht oder gut geht.“ Dann wird mit Zahlen gesprochen. Es wird behauptet, daß die westlichen privaten Elektrizitätswerke ihre Energie teilweise für weniger als einen Pfennig, in keinem Fall teurer als für zwei Pfennig erzeugt und verkauft, während von der öffentlichen Hand die Kraft für 8, 7 und 8 Pfennig gekauft werden müsse.

Man muß annehmen, daß der Verfasser dieser Zuschrift nur die Unternehmerpresse klist, was man ihm ja schließlich auch nicht verübeln kann. Aber die Wirtschaftsführer, die von dieser Unternehmerpresse erzogen werden, können einem leid tun, wenn man die schlechte volkswirtschaftliche Erkenntnis sieht, die in dieser Zuschrift zum Ausdruck tritt. Der Großindustrielle vom Westen muß zugestehen, daß er für ein Duzend weit auseinanderliegender Werke seinen Strom bezieht und daß er infolge dessen selbst nicht zentral erzeugen kann. Er möchte aber gern die Preise, die zentral selbst erzeugende Konkurrenzwerke sich selbst berechnen können. Welche Werte das sind, die mit weniger als einem Pfennig ihren Strom erzeugen, verrät der gute Mann nicht. Daß es Leistungs- und Verteilungskosten gibt, scheint der gute Mann auch zu verstehen. Ohne jedes Bedenken bogelt er sich auf das von den Technikern und Spezialisten kaum zu durchschauende Gebiet der Preisvergleiche für elektrische Kraft. Obwohl er aber offenbar von

den Dingen nicht mehr weiß, als daß ein größerer Konkurrent unter Umständen billiger produzieren kann als er selber, hält er der Öffentlichkeit, hört er dem preussischen Ministerpräsidenten eine Vorlesung über vernünftige Wirtschaftspolitik.

Man weiß nicht, wer einem mehr Leid tun soll, der gulsäubige und irreführende Großindustrielle aus dem Westen oder die Presse, aus der er seine geistige Nahrung zieht. Hoffentlich wird der preussische Ministerpräsident auf diesen Brief, wenn er überhaupt eine Antwort für nötig hält, die richtige Antwort geben.

Ein neuer Zementblock.

Von der Arbeitsgemeinschaft zum Trust?

In der Zementindustrie hat die Konzentration in den letzten beiden Jahren verhältnismäßig wenig Fortschritte gemacht. Offenbar konnte es sich dieser Industriezweig, der im Monopolschatten seiner drei Syndikate fröhlich gedeiht, leisten, ohne größere Zusammenschlüsse auszusprechen.

Um so überraschender ist die Nachricht, daß zwei der führenden Konzerne in Deutschland, die Portland-Zementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart und die Schiefelke Portland-Zement-Industrie A. G. in Oppeln mit zwei weiteren Unternehmungen der Dyckerhoff und Widmann A. G. in Mainz und den Zementwerken C. Schwenk in Ulm eine Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen haben. Rühre Einzelheiten über die Art dieses Abkommens werden noch nicht gegeben.

Da diese vier Unternehmen zusammen fast 55 Proz. der deutschen Zementproduktion beherrschen, der Schiefelke Konzern dazu in Nord- und Ostdeutschland und die Heidelberger Gruppe in Süddeutschland auf dem Zementmarkt ausschlaggebend sind, wird die Bedeutung dieses Abkommens für die künftige Politik dieser wichtigen Baustoffindustrie ohne weiteres ersichtlich.

Offenbar hängt die Gründung dieses Zementblocks mit der Gründung im westdeutschen Zementverband zusammen, der schon Ende 1927 um ein Haar aufgefallen wäre. Hier spielt der dritte Großkonzern der deutschen Zementindustrie, die Wiking-Gruppe in Münster, die erste Geige. Dieses Unternehmen hat in der überspannten Preispolitik des westdeutschen Syndikats schon lange ein Haar gefunden, allerdings nicht aus volkswirtschaftlichen Gründen, sondern, weil es durch das Hochkommen von Außenheimern auf seinen Absatzmärkten empfindlich gestört wurde.

Zweifellos rechnet man in der Zementindustrie mit der Mög-

lichkeit einer Verbandsprengung in Westdeutschland und fürchtet entsprechende Rückwirkungen auch auf die deutschen Gebiete, die bisher vom Nord- und Süddeutschen Syndikat beherrscht wurden. So ist die Bildung dieses Zementblocks als eine Vorkehrungsmaßnahme anzusehen, um gegen alle Überforderungen, die durch eine Sprangung des westdeutschen Verbandes eintreten können, gewappnet zu sein. Da die Arbeitsgemeinschaft weitere Beiträge in Aussicht stellt, ist mit der Bildung eines mächtigen Zementtrusts in Deutschland zu rechnen.

Englisch-Russisches Geschäft.

Das Memorandum einer britischen Handelsdelegation.

Die britische Handelsdelegation, die vor längerem Rußland besuchte, hat nunmehr ihren Bericht veröffentlicht. Das Memorandum kommt zu der Schlussfolgerung, daß es für die britische Wirtschaft in Rußland bedeutende Exportmöglichkeiten gäbe, falls die diplomatischen Beziehungen zu Rußland wieder aufgenommen werden und Vorkehrungen für die Finanzierung des englisch-russischen Handels auf der Grundlage langfristiger Kredite getroffen werden.

Die Delegation unterbreitet in ihrem Bericht die verschiedenartigen Eindrücke, die sie in Rußland erhalten hat. Während die staatliche Lokomotivfabrik in Karsow als ein ausgezeichnetes geleitetes Unternehmen bezeichnet wird, ist der Eindruck der Kommunisten von den genossenschaftlichen Betrieben weniger günstig. Die Arbeitsdisziplin wird im Donezkohlengebiet als schlecht bezeichnet. Die Bedeutung des Memorandums liegt darin, daß die Mitglieder der Delegation 1500 britische Firmen mit einem Gesamtkapital von 14 Milliarden Mark repräsentieren.

Grünbuch der Aktiengesellschaften.

Elektrizitätsversorgung Deutschlands.

In diesen Tagen erscheint der 4. Band des vom Verlag R. u. H. Hoppenscheidt veröffentlichten Grünbuchs der Aktiengesellschaften, das jährlich in fünf Bänden erscheint und die wichtigsten Aktiengesellschaften Deutschlands und einige ausländische, deren Aktien an deutschen Börsen eingeführt sind, umfaßt. In sehr übersichtlicher Weise werden die einzelnen Gesellschaften nach der bisherigen Entwicklung, ihrem Konzernaufbau, ihren Produktionsgebieten, ihren Kapitalverhältnissen usw. nachgezeichnet. Da durchweg die Betriebsaufnahmen ausführlich beschrieben und auch Belegzitate, Produktions- und Umsatzziffern für die letzten Jahre und das letzte Vorjahr genannt werden, so geben die Darstellungen von den behandelten Firmen ein ziemlich geschlossenes Bild, zumal auch über alle Untergesellschaften Verträge und Vertragspartner, alle wichtigeren Angaben gemacht werden. Hervorzuheben ist die Zusammenfassung des gesamten Zahlenmaterials in anschaulicher Tabellenform. Auch vielen Gewerkschaftern und Betriebsräten, die Genaueres über ihren Betrieb oder ihre Branche wissen wollen, wird daher dieses „Grünbuch“ als wichtige Informationsquelle dienen können. (Preis je Band 30 Mark, je 1040 Seiten in Großformat.)

Im Verlag R. u. H. Hoppenscheidt erschienen weiter zwei übersichtliche und offenbar sorgfältig bearbeitete Karten über die deutsche Elektrizitätsversorgung; die erste behandelt die Beteiligung der deutschen Länder und des Reichs, die zweite die der privaten und genossenschaftlichen Unternehmungen. Hier werden die 20 größten Elektrizitätswerke Deutschlands und ihre Beziehungen zueinander behandelt; bei jedem dieser 20 Konzerne werden sämtliche niedrigeren Tochtergesellschaften und Beteiligungen genannt. Das Auffuchen der 300 bis 400 genannten Gesellschaften wird dadurch erleichtert, daß sie am Kartenrand in alphabetischer Reihenfolge nebst Konzernzugehörigkeit aufgezählt werden.

Zeppelin-Verkehr im Stillen Ozean.

Die Bankhäuser Lehman Broth, Murphy and Co., Harriman Broth, and Vinton Co. gründeten in Verbindung mit der Goodyear Zeppelin-Gesellschaft eine Pacific-Zeppelin-Transportgesellschaft für einen 36-Stunden-Luftschiffdienst Kalifornien—Hawaii. Der Leiter der Gesellschaft wird voraussichtlich der Vizepräsident Hunsaker von der Goodyear-Gesellschaft werden, die den Betrieb mit zwei Luftschiffen der Zeppelin-Gesellschaft für 100 Passagiere nach deren Fertigstellung beabsichtigt.

Erhöhter Kohlenausfuhrüberschuß.

Die deutsche Kohlenausfuhr von Stein- und Braunkohle, Koks und Briketts hatte in den ersten neun Monaten dieses Jahres einen Wert von 632,3 Millionen und ist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 60,9 Millionen Mark gestiegen. Allerdings hat sich die Kohleneinfuhr ebenfalls, und zwar von 133 auf 155,5 Millionen Mark, erhöht. Inmitten hat sich aber der deutsche Kohlenausfuhrüberschuß im Vergleich mit den ersten neun Monaten des Vorjahres um 53,4 auf 473,8 Millionen Mark vermehrt. Mengenmäßig stieg die Steinkohlenausfuhr gegenüber den ersten drei Vierteljahren 1928 um 17,45 auf 10,84 Millionen Tonnen, wobei sich vom ersten bis dritten Quartal dieses Jahres eine Steigerung von 5,46 auf 7,61 Millionen Tonnen ergab. Demgegenüber hat sich die Einfuhr von Steinkohlen von 1 bis zum 3. Quartal nur von 1,60 auf 2,31 Millionen Tonnen erhöht.

Prozentige Goldplandule der Preussischen Zentralbank. Die Preussische Zentralbank (öffentliche Reichsbank) in Berlin bietet 2 Millionen Reichsbanknoten zum Barzinsfuß von 9,5 Proz. zum Verkauf an. Der Erlös aus den Banknoten kommt vorwiegend der Finanzierung von Wohnungsneubauten zugute; es konnten seit dem Jahre 1924 bis zum 30. Juni 1929 insgesamt rund 31 000 Neubauwohnungen finanziert werden.

Öffentliche Banken und Wohnungsbau. Die öffentlichen Reichsbanknoten haben von Januar bis September dieses Jahres für die Finanzierung von Wohnungsneubauten insgesamt 258 Millionen gegenüber rund 320 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres zur Verfügung gestellt. Seit der Wohnungsnotstandes haben die Institute über 800 Millionen Mark an langfristigen Mitteln für den Wohnungsbau angesetzt.

Der Herr Bankler hat die Spareinlagen für sich verbraucht. In Kiel hat die frühere Holtenbank A.-G. (jetzt Kredit- und Sparkasse Kiel) die einmal eine Genossenschaftsgründung war und deren Aktienkapital nach der Romantik eines Herrn Lützen gehört, Konkurs angemeldet. Das Aktienkapital betrug 250 000 Mark, wovon der weitaus größte Teil nach der letzten Bilanz noch nicht eingezahlt war. Im vorherigen Jahr wurden noch 10 Proz. Dividende verteilt, und in der Bilanz standen weniger Einlagen, als das Aktienkapital selbst betrug. Es wird gemeldet, daß es letztlich, die Familie Lützen habe die Spareinlagen einfach verbraucht.

Salamon Dembitzer: Der Vater...

In jener Zeit, die in mein vierzehntes Lebensjahr fällt, da begann ich das Leben kennenzulernen und es nicht zu begreifen. Trotzdem ich bereits ziemlich hart gestoßen wurde, ging ich herum und guckte und staunte und fand alles wunderbar. Auch die Schläge...

So naiv war ich damals. In jener Zeit verbrachte ich meistens mein Leben in den Hafenstädten, trieb mich am Hafen, in den Gassen und in Wirtschaften herum, litt Hunger und träumte... Ah jene ewigen Träume... So naiv war ich damals.

Einmal in einer kalten Winternacht sah ich in einer abgelegenen Wirtschaft, guckte zu, wie die Gäste saure Gurken mit trockenen Semmeln öfen, Karten spielten und sich über die Größe der europäischen Hafenstädte herumschrien. Es waren heruntergekommene Matrosen, frühere Kellner und alle möglichen hier strickengebliebene Leute, und alle wollten sie überall gewesen sein, unmögliche Dinge gesehen haben; sie überboten sich in Aufschneiderei, daß es eine Lust war...

Pflichtlich fühlte ich, daß ich von jemanden aufmerksam betrachtet wurde. Es war ein etwa vierzigjähriger, ernst und schweigsam scheidender Mann, — er untersah sich besonders in der Kleidung von den anderen. Er trug einen eleganten Anzug, und auf der Weste eine besonders dicke, goldene Kette. Auch ich begann ihn zu betrachten — und zerbrach mir den Kopf, was die Kette wohl gefestigt haben möge...

So ausgehungert war ich damals. Wir guckten uns beide eine Zeitlang an und plötzlich winkte er mir mit der Hand, ich sollte zu ihm hinkommen. Als ich vor ihm stand, lud er mich zum Essen ein und fragte mich, ob ich etwas trinken wollte.

„Rein, danke.“
„Wollest du etwas zu essen?“
„Auch nicht, danke.“
„So, — was ist eigentlich da machste“, fragte er.
„Gar nichts, ich suche Arbeit...“
„Was für eine Arbeit?“

„Am liebsten“, antwortete ich, „möchte ich leichte Arbeit, so zum Beispiel mit Anfahrtskarten auf den Schiffen und in den Kneipen hausieren gehen... das würde mich sehr befriedigen! Da, von wo ich sei? Ah Gott, das wußte ich ja selbst nicht mehr... jedenfalls von sehr weit... von ungeheurer Welt...“

„Es ist bezeichnend, daß Sie den Namen Ihrer Heimat vergessen haben“, sagte er sehr vornehm, langsam und etwas nachdenklich. „Haben Sie also gar kein Heimatgefühl?“

Es war ein feiner Mann, er sprach gleich per „Sie“ mit mir und schien sich für mein Schicksal zu interessieren, und ich wurde dadurch ganz Feuer und Flamme.

„Ah, Heimatgefühl? Woju? Dort wohnen ja die schlechtesten Leute der Erde...“ Ob ich Verwandte hier habe? „Nirgendwo habe ich welche... Nirgendwo in der Welt... und, wenn ich irgendwo auch welche hätte?... Der einzige Verwandte, den ich habe, ist Gott im Himmel, ja der einzige...“

So fromm war ich damals. Mein Ausbruch schien auf ihn Eindruck gemacht zu haben, er blieb lange still und nachdenklich und dann sagte er:

„Ich mache Ihnen einen Vorschlag, wir wollen von hier heraus und irgendwas anders hingehen, und dann glaube ich Ihnen helfen zu können, Ihre Ziele zu erreichen.“

„Mein Ziel? Ah, das mit den Anfahrtskarten hausieren war ja nur so ein Gerede... Mein Ziel ist ein ganz anderes... ein viel höheres, ein viel gemaltigeres...“

„Gut“, unterbrach er mich und erhob sich. „Wir wollen darüber noch sprechen, aber jetzt gehen wir.“

Und ich ging mit ihm.

Geruame Zeit später sahen wir in einer anderen, etwas besseren Wirtschaft. Er nötigte mich zum Essen und sprach sehr väterlich mild auf mich ein.

Dann hüllte er sich in ein längeres Schweigen, das er mit den Worten unterbrach:

„Sie haben wirklich Glück gehabt, daß Sie mich hier gefunden haben, denn ich habe sehr Wichtiges mit Ihnen vor... Ja, ich reise demnächst nach Konstantinopel und werde Sie mitnehmen... Verstehen Sie?... Sie werden dort die Augen öffnen... die wunderschönen Straßen, Häuser und Anlagen und dann die Pracht des Bosphorus... Einzig... Und dann sieht man an jedem Freitag den Sultan in die Moschee fahren...“

Etwas Grobartiges... Sie müssen als mein Sohn mitkommen. Ich bin Ihr Vater und Sie sind — pardon — pardon — du bist mein Sohn... Und jetzt sollst du „Du“ zu mir sagen... verstehst du...?“

Dann kniff er mich in die Wange und sagte: „Weißt du, wenn du gut angezogen sein würdest, wärest du ein hübscher Bürsche... Ich hätte ihn liebend gern, begriff nichts und das über meine Schönheit fand ich ganz komisch und kitschig und es verdross mich auch ein wenig, daß er, ohne meine Zustimmung abzuwarten, einfach gleich zum „Du“ überging. Allerdings verstand ich, daß Vater und Sohn sich „duzen“ müssen.

Dann fragte er wieder: „Wie alt bist du?“

„Achtzehn Jahre“, sagte ich, ohne rot zu werden. So verdorben war ich schon damals.

Da meinte er, ich solle länger aus... Er verlangte meinen Taß, den er übrigens behalten mußte... „Aber ich habe keinen Taß, gar kein Papier!“ Da wurde er etwas mißtrauisch und dachte wieder nach.

Aber ich hatte doch Papiere bei mir, wollte sie ihm nicht gleich zeigen, damit er nicht sehen kann, daß ich ihn in bezug auf mein Alter um drei Jahre belogen habe.

Wir sind noch lange sitzen geblieben, und er erzählte mir immer wieder von der Schönheit der Türkei... und wie wohl ich mich dort fühlen werde... Ich sollte nur aufpassen und nicht vergessen ihn „Vater“ zu nennen... Im übrigen gehe bereits in drei Tagen das Schiff ab. Er erwartete noch zwei wirkliche Söhne, die etwas jünger seien als ich, aber er hoffe, wir werden uns gut vertragen.

Er gab mir noch einen 20-Franken-Schein, ich sollte von diesem die Mütze für meine Manjordenstube bezahlen und den nächsten Tag zu ihm in das Hotel überfließen.

Ah, waren das aufregende Tage für mich, und des Nachts konnte ich vor Spannung kein Auge schließen. Sollte mir die

schönsten Bilder von der Türkei aus; mir fiel auch ein, daß es dort Harems gibt, wundervolle Harems, die wollte ich mir dann auch ansehen...

Ich konnte kaum den Abgang des Schiffes erwarten. Als wir dann am dritten Tag das Schiff betraten, wurde ich mit zwei vernachlässigten Jungen bekannt, die wirklich keine Söhne sein sollten... aber ich konnte sie nicht verstehen, denn sie plapperten in einem komischen Kauderwelsch, wie Kinder. Sie sahen auch etwas beschränkt aus. Auf dem Schiff waren sehr viele Menschen, ein furchtbares Geräusch und Gepolter von Orientalen... Ra... Pflötzlich sah ich, wie mein Vater geradeaus starrte und blaß wurde und versuchte, die Umstehenden zur Seite zu schieben, um den Ausgang zu erreichen... Da packte ihn plötzlich ein fremder Mann an der Hand und kam mit ihm zu uns heran.

Ich guckte und staunte und verstand nichts von alledem. Der fremde Mann war groß und stark mit einem hart ausgeprägten männlichen Gesicht und aufgebürsteten Schnurrbart. Er fragte den Vater sehr barsch:

„Wie viel sind es?“
„Drei Stück...“
„Wo sind sie?“

„Hier“, sagte der Vater und zeigte auf uns drei Jungen. „Der fremde Mann schaute uns genau an, sagte dann kurz „mitkommen“.

Und wir alle fünf verließen das Schiff.

Später sagte der Polizeikommissär zu mir: „Du hast Glück gehabt, daß wir das verhindert haben, es war einer der gefährlichsten Mädchenhändler.“

„So“, sagte ich, „das hätten Sie sich sparen können, denn ich bin ja kein Mädchen...“

Ich war damals voll Verbitteung gegen die Beamten, die meinen Traum so jählings durchschnitten.

Keine kleinen vernachlässigten Brüder wurden zurückgehalten, und da meine Papiere in Ordnung waren und ich außerdem neun Franken bares Geld, die mein Vater mir geschenkt, vorzeigen konnte, wurde ich unter vielen Vorhaltungen und Warnungen freigelassen.

Als ich zwei Tage später doch mit Anfahrtskarten in den Wirtschaften hausieren ging, blieb der Erfolg gänzlich aus. Nicht etwa deshalb, weil ich schon damals ein schlechter Geschäftsmann war, sondern weil ich nicht aufgehört hatte, von den Harems, dem Bosphorus, dem Sultan und der Türkei zu träumen. Und konnte man es da als junger Mann zu etwas bringen, wenn man den Kopf und das Herz in einem unbekanntem Land gelassen hat?

So romantisch war ich damals.

Dr. R. Francé: Seit wann gibt es Haustiere?

Seit wann hat sich der Mensch mit Haustieren umgeben, seit wann ist der Hund sein Wächter und treuer Begleiter, das Pferd sein Genosse bei der Arbeit, Kind und Schwein und Schaf seine Ernährer? Und wo hat sich dieser heute trostlos alleinstehende Mensch noch immer unzertrennlich erscheinende und dennoch sich schon allmählich lockende (man denke an den Rückgang der Pferde durch Bahn und Auto) Bund zuerst vollzogen? Man hat den „Gebrauch“ von Haustieren und den Anbau von Nahrungspflanzen, was aber eigentlich auch das Züchten von „Hauspflanzen“ ist, stets als den wahren Beginn der „Kultur“ betrachtet, es ist also eine Frage von eminent kulturgeschichtlicher Bedeutung, wie sich die Züchtung der Haustiere vollzogen hat.

Einen lehrreichen Wink zur Beurteilung der Vergangenheit mag uns die Tatsache geben, daß es auch heute noch Völker ohne Haustiere gibt. Die Diomaten am Orinoko, die Beddhas auf Ceylon, die Australier in Queensland und dem Norddistrikt leben ohne Haustiere dahin. Sie haben nicht einmal die schwarzen Schweine und die Hühner und Tauben um sich, die man auch auf den verlassenen melanesischen Inseln und bei den kaniballischen Bewohnern von Vanikoro oder Wallikolo oder Bula-Bula in der Südpazifik trifft. Damit allein ist es schon bewiesen, daß das primitivste Verhältnis des Menschen zur Tierwelt nicht das des Züchters, sondern das des Jägers war. Jagd treiben auch die Australier und die Urwaldmenschen der Tropen, Jagd ist eine natürliche Funktion sogar der Tiere, von denen bekanntlich nur zwei Formen, Ameisen und Termiten, es zum Gebrauch von Haustieren gebracht haben. So paßt es denn auch ganz gut zu diesem Gedankengang, daß man auf den ältesten menschlichen vorgeschichtlichen Denkmälern, auf denen Tiere abgebildet sind, nicht Weidweiden, sondern ausschließlich Jagd und Wild: das Ren, das Mammut, Rhinoceros, den Wisent, niemals aber Hund und Kind (nämlich den Ur) dargestellt findet. Der eiszeitliche Mensch war ein eifriger Jäger durch Jahrtausende hindurch; erst viel später ist er darauf verfallen, den Tieren, die ihn in seiner natürlichen Umwelt umgaben, nicht immer nachzusehen, sondern sie zu zähmen und um sich zu behalten, wie man gelegentlich auch bei den Primitivsten am Orinoko ein gezähmtes junges Krokodil um ihre Resthüllen schwärzeln sieht. Es hat Vorgeschichtsforscher gegeben, die sich die Haustierzucht in folgender Weise vorstellten. Im Alturtop der Steinzeit mögen fortwährend Schotale die Wohnstätten der Menschen so umlagert haben, wie sie sich heute noch den Zelten im Orient zudrängen. Ihre Jungen haben sicher schon mit Menschenkindern gespielt. Manah eine Menschenmutter, der ihr Säugling gestorben war, mag aus Mitleid sich verwaister Schotalkinder angenommen und sie großgezogen haben, wie man das auch heute noch bei wilden Völkern sieht, die Tiere säugen. Jedenfalls ist der Hund das älteste aller Haustiere. In den altsteinzeitlichen Küchenabfallhaufen an der Nordsee fand man die ersten Knochen eines Haustieres, nämlich eines Spitzes. Er kehrt in den ältesten Schweizer Pfahlbauten wieder, aber doch schon in Gesellschaft der Reste von Kind, Ziege und seltenen Schafen und Schweinen. Erst ganz spät — in der Bronzezeit — tritt das Pferd als Haustier hinzu. Vorgeschichtliche Kagen und Kaninchen dagegen gibt es nirgends. Beide Tiere scheinen erst in geschichtlicher Zeit zu dem Hausbestand des Menschen getreten zu sein, so wie später der Kanarienvogel oder jetzt das Zebra und in Südeuropa der Strauß, im Orient das Kamel. Es scheint somit der Prozeß der Haustierzucht noch nicht beendet zu sein, wie ja gerade in unseren Tagen die Einrichtung von Pelztierfarmen in Deutschland bezeugen mag.

Da taucht nun als weiteres die sehr naheliegende Frage auf, nach welchen Gesichtspunkten der Mensch seine Auswahl getroffen hat. Warum zähmte er gerade das unabhängige Pferd, das wilde Kammhuhn und heimlich bleibende Kage, und nicht die sehr zahmen Rehe und Hirsche? Warum nicht den Wisent oder den Löwen, der bekanntlich nicht das mutige und blutdürstige Tier ist, als den ihn die Legende hinstellt, sondern eigentlich ein gutmütiger Bürsche, den schon die Ägypter so weit brachten, daß ihre Könige in die Schlacht in Begleitung ihrer Hoflöwen zogen? Ein deutscher Forscher, E. Hahn, hat als erster darauf aufmerksam gemacht, daß hierfür die Nahrungsbeschaffung das Ausschlaggebende sein möchte. Das Kind kann man mit Gras ernähren. Reh und Hirsch brauchen aber den Wald, und da wäre die Ernährung mühselig. Einen Löwen zu ernähren ist dagegen zu kostspielig, ein Muthund, der ähnliche Dienste tut, lebt aber leicht von einem Hofes Abfällen. Man nimmt aber an, daß für die Verwendung der Kuh religiöse Momente bestimmend waren. Tatsächlich ist sie ja wegen der Rundschiffform ihrer Hörner den Ägyptern als Hathortub heilig gewesen, und der Zusammenhang zwischen Mondkult und Pflanzenbau zieht sich durch die ganze Kulturgeschichte unserer Vorfahren. Das große, pflanzenfressende

Hustier aber konnte doch nur von pflanzenbau treibenden Völkern als Haustier verwendet werden. Die babylonische Star, die phönizische Astarte, die ägyptische Isis, von der die Mondschiff bis in den Marienkult hinüberreicht, werden alle mit Kuhhörnern abgebildet, und ihnen wurden Kinder geopfert. So mögen das Dorfkind, der Ur als die wild vorkommenden Formen des Kindes gezähmt und für immer in den Kreis des Menschen geraten sein, nicht aber der Wisent, bei dem die Hörner fast ganz im Kraustopf verborgen liegen.

Wiel schwieriger ist es, die Geschichte von Hund, Schwein, Ziege und Schaf herzustellen. Sicher haben alle Hunde außer der vorhin gegebenen Schafalabteilung auch Wolfsblut in sich. Manche Wolfsschädel sind noch heute den Hundeschädeln so ähnlich, daß sie kaum auseinandergehalten werden können, und die ältesten, heute schon fast ausgestorbenen (nur bei Neapel und auf Sumatra gibt es noch welche) Torshunde sind eine Art Wolfsspiß gewesen.

Auch das Schwein wird aus einer Urform, dem Torfschwein, einem kleinen, hochfüßigen Tier mit sehr kleinem, kurzem Kopf, sehr schlager Stirn, aber großen Augen, abgeleitet, und wenn auch noch mancher Streit darüber besteht, so schlägt doch immer mehr die Ansicht durch, daß dieses Tier, das die Chinesen nachweislich seit 6000 Jahren züchten, aus dem heimischen Wildmaterial auf der ganzen Erde hervorgegangen ist.

Keinliches gilt für Schaf und Ziege. Eine eiszeitliche Rufform, vielleicht das Wildschaf Cyperns, scheint der Stammvater des Torfschafes zu sein, das sich seit der jüngeren Steinzeit bei den menschlichen Niederlassungen findet, und auch die vielen Ziegenrassen sind ohne Zweifel auf Wildziegen zurückzuführen, die seit dem Beginn der jüngeren Steinzeit bis heute die „Ruh des armen Mannes“ geblieben sind und auf Inseln immer wieder leicht verwildern.

Dagegen ist das Kamel vielleicht das rätselhafteste aller Haustiere, denn sein Ursprung verschwindet völlig im Dunkel. Vom Pferd kennen wir heute noch wild lebende asiatische Rassen (das Equus Przewalskii), ebenso Wildesel, von denen einem, dem Onager Afriens, man unseren Hausesel ableitet, der übrigens sicher von Affen gebracht wurde, da man fast keine deutschen vorgeschichtlichen Eselreste findet. Dagegen ist ein Ursprung, eben das obgenannte Przewalskierpferd, in altsteinzeitlichen Höhlen auf das trefflichste abgebildet, in Frankreich liegen die Knochen von fast 100 000 derartigen Tieren, es wurde gefressen und scheint einer der häufigsten Steppenbewohner Alturopas gewesen zu sein. Noch um das Jahr 1616 mußte die Stadt Kaiserslautern drei Wildpferdeböden anstellen, um die die Fluren verheerenden Wildpferde abzuschießen.

Die Geschichte des Kamels ist im Vergleich dazu viel kürzer. In Zentralasien gibt es heute noch wilde. In der Steinzeit taucht auf Cypern ein Kamelbild auf, die Bibel erwähnt es seit Abrahams Zeiten, und seitdem begleitet es die Orientalen und neustens die Australier. So wie uns die aus Persien gekommenen Hühner und die seit dem ältesten Ägypten dort heimischen Tauben begleiten.

Alle diese Tierarten haben wir durch Kreuzung und Auslese in zahllose Rassen und Sonderformen zerstückelt, vielfach haben wir sie, wie z. B. die Hängeohren von Hund und Schwein beweisen, geschwächt, jedenfalls haben wir sie durch die Einsperrung in Ställe, man denke nur an Kuh und Schwein, dümmere gemacht, wir verlangten ja auch nicht ihren Geist, sondern ihren Körper. Nur ein einziges Tier hat durch die Gesellschaft des Menschen gewonnen, und das ist der Hund, vielleicht auch das Pferd, wenigstens im Typus der Militär- und Rennpferde. Alle übrigen sind zu armen Sklaven und Leibeigenen herabgesunken, die man oft genug ohne Menschlichkeit ausbeutet, die man mähtet, um sie zu schlachten, deren innerliche Natur man vergewaltigt hat, alles mit dem biologischen Recht des Stärkeren und geistig Ueberlegen. Dem einzigen, das alles dies rechtfertigt, denn jeder unserer Haustierklaven würde genau so rückwärtslos mit uns verfahren — wenn er der Herrscher über uns sein könnte.

Zucker- und Fettbäume. Der englische Botaniker Oenell Williams, der sich im Auftrage des Londoner Naturgeschichtlichen Museums auf einer Forschungsreise in den Urwäldern des Amazonasstroms befindet, hat nach dem Bericht englischer Wälder zwei neue Baumarten entdeckt, die große wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnen. In der Gegend eines Nebenlaufes des Amazonasstromes, des Rio Agonal, in einem Gebiet, das bisher noch kein Weißer betreten, ließ er auf einen Baum, den die Eingeborenen „Balo de açúcar“, d. h. Zuckerbaum, nennen und dessen Harz einen überaus süßen Sirup enthält, der sich sehr gut als Nahrungsmittel eignet. Nicht weit davon entdeckte er einen anderen Baum, „Balo de manteca“, d. h. Fettbaum, genannt wird und aus dem Eingeborenen eine ölige Substanz gewinnen, die gar... Schweinefleisch schmeckt.

Sozialdemokratische Schulpolitik in der Kommune.

Von Stadtrat Kurt Löwenstein, M. d. R.

Wo immer Sozialdemokraten in Regierung und Verwaltung maßgeblich gewesen sind, da zeigen sich die Spuren ihrer Wirksamkeit besonders auf schulpolitischem Gebiete sehr deutlich. Länder wie Sachsen, Thüringen, Braunschweig sind dafür ebenso Beweis wie die Großgemeinden Wien, Hamburg oder Berlin. Sozialdemokratische Politik orientiert sich an den Räten der Arbeiterklasse und richtet sich nach dem Ideal einer Gesellschaft, die frei von Vorurteilen der Vergangenheit und Bevorzugung einzelner sich planvoll organisiert.

Die Schulreform gehört zum wesentlichen Bestandteil sozialdemokratischer Schulpolitik. So ist es auch in Berlin gewesen. Die Jahre von 1918 bis 1921 waren Jahre der Gärung auf dem Gebiete der Schulpolitik. Unendlich vieles, was erstarrt war, ist aufgerüttelt und gelockert worden. Die ersten großzügigen Ansätze einer modernen Schulpolitik sind damals energig gelegt worden, dann kamen mit der bürgerlichen Mehrheit in Berlin die Jahre der Reaktion oder wenigstens der Zurückhaltung auf schulpolitischem Gebiete.

Die letzten vier Jahre, in denen die Sozialdemokraten wiederum die Führung hatten, bedeuten einen außerordentlichen Aufstieg des Berliner Schulwesens.

Berlin ist eines der größten Zentren des weltlichen Schulwesens geworden. Die mehr als 30 weltlichen Schulen sind zu einem großen Teil Pionierschulen auf allen Gebieten des Schulfortschritts geworden.

Weltliche Schule und Gemeinschaftspflege.

Die Aufgabe, die einstmal den Lebensgemeinschaftsschulen gestellt wurde, daß sie nämlich Pflegestätten des Wachstums für die Jugend sein sollen, ist besonders in den weltlichen Schulen mit Bewußtsein aufgegriffen worden. Diese Aufgabe war um so schwieriger, aber auch um so dankbarer, da es sich in den weltlichen Schulen um proletarische Kinder handelte, die zu einem hohen Prozentsatz unter schwersten wirtschaftlichen Räten des Elternhauses zu finden haben. Es ergab sich daher von selbst, daß sich das Bedürfnis nach Gemeinschaft, nach Schaffung von gemeinsamen Arbeitsmöglichkeiten und nach gemeinsamen Freuden an

Sammelschulen ausprägte. Diesem Bedürfnis auf dem Gebiete der Gemeinschaftspflege sind die weltlichen Schulen wegweisend für alle Schulen geworden.

Es muß immer wieder betont werden, daß die weltlichen Schulen nicht Isolierschulen sind, sondern daß sie, da sie ihre Aufgaben aus den allgemeinen weltlichen Bedürfnissen ableiten, öffentliche Schulen für alle sein sollen, und daß ihre Aufgabenstellung und deren Durchführung so ist und auch so sein muß, daß sie beispielgebend für alle Schulen werden. Darum konnte die sozialdemokratische Schulpolitik sich mit besonderer Energie und Liebe diesen weltlichen Schulen widmen, darum setzte sie es in Berlin trotz behördlicher Schwierigkeiten, trotz der gehässigen Angriffe durch die ganze Kultur- und trotz der Quertreibereien der Kommunisten durch, daß die weltlichen Schulen sich in Berlin in quantitativen und qualitativen Aufstieg bewegen. Aus diesem Geiste moderner weltlicher Bedürfnisse heraus hat die Sozialdemokratische Partei außerordentlich viel für den gesamten Fortschritt besonders des Volksschulwesens getan. Keine Gemeinde hat den jungen Lehrernachwuchs so sehr vor Verehrung geschützt und für den Schuldienst sich erhalten wie die Stadt Berlin. Noch heute trägt Berlin eine ungeheure nach Millionen zählende Last an Personalkosten, zu denen es gesetzlich nicht verpflichtet ist. Während der Staat nur für die Personalkosten der Volksschule aufkommt unter Zugrundelegung von 60 Kindern auf einen Lehrer, kommen in Berlin durchschnittlich noch nicht 30 Kinder auf einen Lehrer. Wohl hat diese Finanzlast in den schweren Räten Berlins stark auf den Schultern der verantwortlichen sozialdemokratischen Kommunalpolitiker gelastet, aber sie mußten auch, daß dieser junge Nachwuchs für die Entwicklung des Schulwesens unendlich viel bedeutet.

Arbeit für die Zukunft.

Man hat im allgemeinen gewiß keine Ahnung davon, wieviel Zukunftsarbeit hier im stillen geschaffen ist. So sind zum Beispiel auf Grund der Möglichkeiten, die die sozialdemokratische Kommunalpolitik eröffnete, in einem Bezirk wie Neukölln allein 1000 Lehrer für den Volkunterricht in gründlichen Jahreskursen ausgebildet worden. Entsprechend sind überall in Berlin auch die Möglichkeiten für Arbeitsunterricht gegeben. In Tausenden von

Werkstätten der verschiedensten Art wächst heute die Volksschuljugend heran und lernt nicht nur diese oder jene Dinge basteln, sondern gewinnt Sicherheit der Hand, des Auges, Vielseitigkeit des Geschmacks, lernt sich Aufgaben stellen und diese praktisch durchführen und geht in besonders fortschrittlichen Schulen schon dazu über, differenzierte Kollektivarbeit zu leisten, die ihrer Anlage nach ein Spiegelbild moderner Technik auf primitiver Grundlage ist, die aber nach ihrer Organisation schon nach sozialen Gesichtspunkten geordnet ist.

Die ganze Welt bewundert, was sozialdemokratische Kommunalpolitik in Wien auf dem Gebiete des Schulwesens geleistet hat, doch wer Wien und Berlin kennt, der wird nicht bezweifeln können, daß auf dem Gebiete eigenartiger, moderner pädagogischer Arbeit Berlin viele Höhepunkte aufweist, die in Wien noch nicht erreicht sind. Auch auf sozialen Gebiete kann die sozialdemokratische Schulpolitik sich sehen lassen.

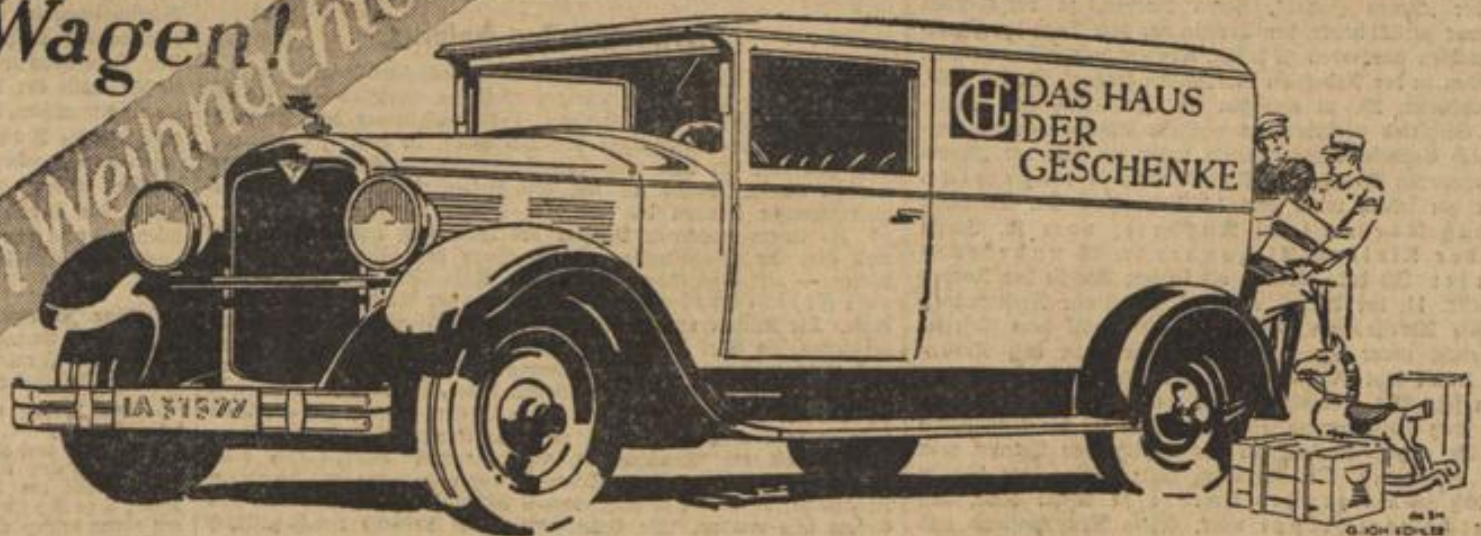
das Landshulheim Josten.

die vielen anderen Heime und Jugendherbergen, die von den Berliner Volksschulen wochenlang bewirtschaftet werden, die großen mehrtägigen und mehrwöchigen Wander- und Studienfahrten, die große Fülle von Sport- und Spielplätzen, die geschaffen worden sind. Wie diese Dinge zeigen nicht nur, daß Berlin sozial aktiv war, sondern daß auch alle diese sozialen Dinge in pädagogisch neue Formen gekleidet worden sind. Die Berliner Schulpolitik hat unter sozialdemokratischer Führung sehr viel Neuland betreten. Jedermann weiß, daß all diese Dinge Geld kosten. Noch lange nicht ist die sozialdemokratische Schulpolitik in ihren Forderungen befriedigt, aber wir sind keine Phantasten, wir wissen, daß auch hier der Fortschritt schwer erkämpft werden muß, und daß es nicht darauf ankommt, viel zu schreiben, sondern systematisch und stetig vorwärts zu kommen. Kein Mensch aber wird diesen stetigen Fortschritt leugnen können, wenn er berücksichtigt, daß die Ausgaben für das Schulwesen in den letzten Jahren verdreifacht sind, nämlich von 51 Millionen auf 151 Millionen gestiegen sind.

Man wird diesen Fortschritt nicht leugnen können, wenn man bedenkt, daß 1924 für sechs Lernmittel 33 Mark pro Klasse bewilligt wurden und in diesem Jahre die Summe auf 4 Mark pro Kopf, das heißt bei einer Durchschnittsgröße von 35 Kindern auf 140 Mark

Für gute Ware
den guten Wagen!

Senden Sie an Weihnachten!



Achtung — bitte ausschneiden!

ADLER EXPRESS

Der Deutsche Qualitätslieferwagen!

Tausende sehen täglich Ihren Lieferwagen — und unwillkürlich schließen Sie vom Wagen auf die Ware. Ein Adler Express ist die beste Empfehlung für Ihr Geschäft! Durch sein gutes Aussehen, seine Schnelligkeit, seine Zuverlässigkeit, und nicht zuletzt durch das Prestige, das mit dem Namen ADLER verbunden ist, dient der Adler Express nicht nur der Lieferung, er fördert auch den Verkauf! Er ist sparsam im Gebrauch — Sicher im Betrieb — Preiswert auf die Dauer.

Spezialjahrgestell mit dem berühmten Favorit-Motor.

Wir liefern den Adler Express Spezialaufbau mit geschlossenem Warenkasten, in gediegener, gefälliger Ausführung; Kastengerippe aus Hartholz mit äußerer Blechverkleidung, innen mit Sperrholz verschalt. Dach mit Zinkblech abgedeckt.

Gesamtfassungsraum 2,43 cbm. Länge des Laderaumes ca. 1500 mm, Breite des Laderaumes ca. 1350 mm, Höhe des Laderaumes ca. 1200 mm. Doppeltür in der Rückwand. —

Führerraum geschlossen. Auf beiden Seiten Einsteigtüren. Kurbel Fenster. — Lackierung in allen gebräuchlichen Farben. Sonderausführung und Firmenbeschriftung auf Wunsch.

Kastenwagen komplett, fünfachsbereit, mit Oeldruck-Vierradbremse, Zentralchassis-schmierung, Stoßdämpfern an allen vier Rädern, Stoßstangen vorn und hinten, 50 Liter Hecktank und Unterdruckförderer, mit elektrischem Scheibenwischer und beiderseitigem elektrischem Fahrtrichtungsanzeiger 6200.— RM ab Werk.

ADLERWERKE VOP.M. HEINRICH KLEYER A.G. FRANKFURT A.M.



FILIALE BERLIN, BELLE-ALLIANCE-STRASSE 6 UND UNTER DEN LINDEN 12-13

gefeiert worden ist. Oftmals hat die Sozialdemokratische Partei sich wegen dieser Ausgaben den Vorwurf der Verschwendung gefallen lassen müssen. Was ist hier nicht alles über den geplanten

Neubau am Dammweg in Neukölln

in der gesamten bürgerlichen Presse gezeitert worden. In mühseliger Kleinarbeit ist unter sozialdemokratischer Führung ein großes Stück sozialer praktischer Pädagogik geleistet worden. Neue Arbeitsmethoden, neue Formen der Selbstverwaltung sind praktisch ausprobiert und zu einem hohen Maß der Sicherheit geführt worden. Eine höhere Schule ist zu einer wirklichen Schule der Kinder aus den arbeitenden Schichten geworden. Arbeits- und Einheitschule stehen nicht nur auf dem Papier, sondern sind praktisch durchgeführt. In Lehrkörper, Schülerschaft und Elternschaft sind geistige Voraussetzungen geschaffen, für das, was den neuen Bau am Dammweg beleben soll.

Nach einem wohlüberdachten Plane ist ein neuer Typ von Schulbau entstanden, der in der gesamten fortschrittlichen pädagogischen Welt Begeisterung und sogar schon Nachahmung gefunden hat. Natürlich kann nicht die Rede davon sein, daß dieser Schulbau irgendeinen Luxus darstellt, seine Eigenart besteht nicht in prunkenden Aulen für die höheren Schulen, wie sie das frühere Bürgertum schuf, nicht in kostspieligen Fassaden, sondern in der zweckmäßigen Ausstattung und Anlage der Arbeitsräume. Selbst nach der vorsichtigsten Schätzung würden die Mehrkosten des Baues gegenüber einer ganz normalen Schule sich höchstens auf 16 Proz. belaufen, dabei sind aber alle jene Ersparnisse, die durch rationelle Durchführung des Arbeitsunterrichts an Lehrkräften und durch Vermeidung des Verlaufs sich einstellen werden, nicht mitgerechnet, und jenes Plus an Grünflächen, Baderäumen und an Gemeinschaftsräumen, das gerade für die Proletarierkinder so bedeutsam ist, in die Gesamtkosten mit eingerechnet.

Was an diesem Beispiel gezeigt worden ist, läßt sich überall aufzeigen, die sozialdemokratische kommunale Schulpolitik wird sich durch dieses Beispiel nicht beirren lassen.

Die Sozialdemokratische Partei aber wird im Wahlkampf der gesamten Bevölkerung Rechenschaft ablegen über die Fälle der positiven Arbeit, die gerade auf schulpolitischem Gebiete in Berlin geleistet worden ist.

Sie wird dabei nicht verschweigen, daß dringendste Wünsche unerfüllt geblieben sind, denn auch die Schulpolitik ist eine Rechtsfrage. Solange die Kommunisten nur fordern, aber nicht die Mittel für die Erfüllung ihrer Forderung zu schaffen bereit sind, solange noch die sozialdemokratische Schulpolitik durch das Bleigewicht bürgerlicher Reaktion gehemmt wird, solange die Durchführung der Schulpolitik noch im kleinen und großen durch starrsinnige Widerstände gehemmt wird, so lange wird auch die sozialdemokratische Schulpolitik nicht nur aufbauen, sondern kämpfen müssen. Die Sozialdemokratie kann auf Grund ihrer positiven Arbeit erwarten, daß am 17. November die Bevölkerung Berlins ihr die Macht geben wird, weiter erfolgreich zu kämpfen für eine große soziale Einheitschule, die einmal die wirkliche Volksschule sein wird.

Erst beleidigen, dann kneifen!

Kommunist Norden ist unauffindbar!

Der sozialdemokratische Stadtratsmitglied Max Ulrich bittet uns um Veröffentlichung folgender Erklärung:

Die „Rote Fahne“ bringt in Ihrer Nummer vom 20. Oktober unter der Überschrift „Streitbrecher Ulrich drückt sich! Wann findet der Prozeß gegen die Redaktion der „Roten Fahne“ statt?“ einen Artikel, der einen selbst von der „Roten Fahne“ selbst erreichten Gipfel der Verlogenheit darstellt. In dem Artikel wird behauptet, daß ich meinen Prozeß gegen den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“, Herrn Norden, zu verschleppen suche und davor zurückschrecke, den Termin vor dem Tage der Stadtratsverordnetenwahlen stattfinden zu lassen, trotzdem mir genau bekannt sei, daß Norden in der Redaktion der „Roten Fahne“, Berlin C 25, Kleine Alexanderstr. 28, zu erreichen sei. Tatsächlich hat Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg in meinem Auftrage bereits unverzüglich nach Erscheinen des Artikels unter der von der „Roten Fahne“ angegebenen Adresse die Privatklage eingereicht. Das Gericht hat jedoch unter dem 14. Juni 1929 Dr. Weinberg mitgeteilt, daß Norden laut Rückbrief vom 11. Juni 1929 von der Kleinen Alexanderstr. 28 unbekannt verzogen sei. Ich habe alsdann als spätere Adresse des Norden Wulkenweberstr. 11, bei Boerol, ermittelt, und mein Rechtsanwalt hat auch diese Adresse dem Gericht mitgeteilt, mit dem Erfolge, daß das Gericht unter dem 11. Oktober erwiderte, daß Norden auch von dort laut Rückbrief vom 10. Oktober unbekannt verzogen sei. Mit Rücksicht hierauf und mit Rücksicht darauf, daß Norden trotz Aufforderung seine Erklärung auf die Privatklage bis heute nicht abgegeben hat, hat das Gericht den Termin vom 23. Oktober aufgehoben. Dr. Weinberg hatte vorher dem Gericht mitgeteilt, daß ich ein großes Interesse daran habe, daß die Sache nicht verschleppt wird. Mein Rechtsbeistand und ich haben alles getan, um die Sache zu beschleunigen, während

Aus der Arbeit der Bezirke.

Um die Schuld der Stadtbank.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

Beraniht durch Anfragen der Deutschnationalen und der Kommunisten, beschäftigte sich die Bezirksversammlung in einer längeren Diskussion mit der Betrugssache Sklarek. Während die Deutschnationalen auf eine Begründung ihrer Anfrage verzichteten, verjagte Beschlüsse von der SPD, auch Bürgermeister Genossen Dr. Ostrowski anzugreifen. Der Letztere erklärte kategorisch, daß er an den Veranstaltungen der Sklareks niemals teilgenommen und sich in seinem Leben noch nie einen Pfennig habe schenken lassen. Auch von den Beamten des Bezirksamts habe außer Stadtrat Degner niemand etwas mit der Sache zu tun; die Hauptschuld treffe jedenfalls die Stadtbank. Für unsere Fraktion rückte dann Genosse Döhner die Sache in das richtige Licht und wies nach, daß es der SPD ein Leichtes gewesen sei, von vornherein die Tatsachen festzustellen, daß es ihr aber gar nicht darauf ankomme, daß es vielmehr ihre bewusste Absicht sei, Verheugung zu treiben und daß sich dabei die Deutschnationalen und Kommunisten die Bälle zumerken. Der Kommunist Beschlüsse gab dann zu, daß die Leichtfertigkeit der Stadtbank den Sklareks erst ihre Schiebungen ermöglicht habe und daß es möglich sei, daß sich Gabel immer für die Sklareks eingefügt habe. Stadtrat Degner schilderte noch, in welchen Kreisen er die Sklareks kennengelernt habe. Dafür sei er aus der SPD ausgeschlossen worden. Er werde gegen den Ausschluß keinen Einspruch erheben.

Eine Vorlage betreffend die Aufhebung der Vorgärtenfluchtlinie in der Schönhauser Allee wurde angenommen.

Scharfe Abrechnung mit den Gegnern.

13. Bezirk — Tempelhof.

Da der Vorsitzende, Genosse Bürgermeister, sämtliche 33 Punkte der Tagesordnung erledigen wollte, wurde es trotz seiner schnellen Arbeit 24 Uhr, ehe die Bezirksversammlung auseinandergehen konnte.

Für die Kleingärtner setzte sich ein Antrag unserer Fraktion ein, der für diese bei Autobus, Straßenbahn und Untergrundbahn gleichen Sonderarif forderte, wie ihn die Reichsbahn gewährt. Für die Bewohner des Braunschwäger Ringes sorgte die SPD, indem sie in zwei Anträgen Verbesserung des Verkehrs und Anlage eines Bürgersteiges anregte. Ein weiterer Antrag beschäftigte sich mit den maßlosen Mietsteigerungen der Tempelhofer Feld Aktiengesellschaft. Es soll dahin gewirkt werden, daß die Umlagen nicht mehr als 25 Proz. betragen dürfen. Auch unserem Antrag, von der Kontrolle die Mittel für ein „Haus der Jugend“ zu fordern, wurde zugestimmt. Bewilligungsfreudig trat die Versammlung auch für die Legung einer Wasserleitung in der Steinstraße, Lichtenrade, ein. Wegen des Falles Sklarek hatten alle Fraktionen Anfragen gestellt. Der erste Redner war Genosse Bürgermeister. Er rechnete ganz energisch mit Rechts und Links ab, die aus dem Fall in widerwärtigster Weise Kapital für die Wahl schlagen wollten. Er erinnert an die Skandale der Raiffeisen-Bank, an die Frankfurter Allgemeine, an die Finanzlandale der Kaiserzeit, an den Welfenfonds mit seinen Korruptionsgeldern. Nichtsdestoweniger verlangt er, daß scharf durchgegriffen wird. Nur soll

Norden nach üblicher Kommunistenart versucht hat, sich der Verantwortlichkeit für seinen Artikel zu entziehen. Dr. Weinberg hat nunmehr, auf Grund des Artikels der „Roten Fahne“ bei Gericht beantragt, erneut die Ladung des Angeklagten unter der in dem Artikel angegebenen Redaktionsadresse zu versuchen.

Berlins ältestes Hospital.

In diesem Jahre kann das Friedrich-Wilhelms-Hospital in der Palladenstraße auf ein 80jähriges Bestehen zurückblicken. Es ist das älteste Hospital Berlins. 1849, nach dem Eindruck der revolutionären Vorgänge des Vorjahres, in dem Forderungen nach Fürsorge für Alte und Erwerbschwache nachdrücklich erhoben worden waren, wurde es mit 600 Betten für erwerbsunfähige altersschwache Frauen des Berliner Ostens eingerichtet.

Zu einem modernen Ausbau des Hauses ist man aber — soweit dies die Verhältnisse und die Enge der Räumlichkeiten gestatten — erst geschritten, nachdem im März 1924 das Bezirksamt Friedrichshain die Verwaltung der Anstalt übernommen hatte. Die Küchen und die Räume für die Eßausgabe sind neu geschaffen, im Park stehen Liegestühle, um den alten Leuten Sonne und Licht zu geben, in den Zimmern sind Radioeinrichtungen angebracht, Kleiderschränke und Toilettenräume, die bei aller Wahrung hygienischer Rücksichten für die alten Leuten bequem zu erreichen sind, wurden geschaffen. Was geschehen konnte, geschah. Es ist zu hoffen, daß die Bemühungen, das veraltete Heim, trotz aller finanziellen und räumlichen Schwierigkeiten, zu einer modernen Heimstätte für unsere altersschwachen Mitbürger umgestalten, von Erfolg sein werden. Die Belegschaft zählte 1928/29 durchschnittlich 643 Personen, die Aufnahmefähigkeit beträgt 660.

man die Schuldigen an der richtigen Stelle suchen. Die Beträge sind erstmalig abgeschlossen im Juli 1925, als wir eine bürgerliche Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung hatten. Im Magistrat haben noch heute bürgerliche die Mehrheit. Seiner Meinung nach hätten Stadtbankdirektoren samt Kreditausschuß geschlafen, sonst hätten die Sklareks keinen Erfolg haben können. — Dann wandte er sich in allerhöchster Weise gegen die demagogische Hege einer Reihe von Berliner Blättern. Am Schluß seiner anziehenden Rede forderte Bürgermeister die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Der Bürgermeister erklärte darauf, daß das Bezirksamt nicht geschädigt sei, wohl seien aber Bestellscheine in Höhe mehrerer Hunderttausend gefälscht. Ein Antrag der Wirtschaftspartei, der die Auflösung der Ankaufsgesellschaft forderte, wurde abgelehnt. Der Gegenantrag der SPD, „Erwerbung der Mitgliedschaft der Konsumgenossenschaft“, wird dann ebenfalls abgelehnt.

Eine lange aber ausführliche Debatte entspann sich über einen Antrag der Kommunisten betreffs des Reichserwerbslosenversicherungsgesetzes. Genosse Hille trat der Bezründung des Antrages entgegen, die unqualifizierbare Angriffe gegen Bissell und gegen die SPD, enthielt. Genosse Braun als zweiter Redner rechnete nicht minder energisch mit den Antragstellern ab.

Kommunisten spielen Komödie.

20. Bezirk — Reinickendorf.

In der vorigen Bezirksversammlung hatten die Kommunisten eine derartige Menge von Anträgen zum Haushaltsplan eingebracht, daß sich die Finanzdeputation zuerst damit beschäftigen mußte. Nachdem dieses in mehrstündiger Sitzung geschehen war und Genosse Bollschläger als Berichterstatter das Ergebnis vorgetragen hatte, wurde ein Vorschlag des Bezirksverordnetenvorstehers Gen. Koppelt ohne irgendeinen Widerspruch angenommen. Es sollte demnach von jeder Fraktion nur ein Redner sprechen. Als der Kommunist Bahls seine Rede begonnen hatte, forderte er trotzdem nochmals die General- und Einzeldebatten. Als der Vorsteher auf den eben gefassten Beschluß hinwies, stellten sich verschiedene Kommunisten sehr entrüstet und ihr Redner warf unterm Vorsteher Schiebungen vor. Das gab einen Ordnungsruf, der aber nichts nützte. Dann begann er einen ihrer endlosen Anträge wegen der Arbeitslosenversicherung, für den die Bezirksversammlung gar nicht zuständig ist, zu verlesen, trotzdem alle Anträge, auch dieser, bereits in der vorigen Sitzung vorgelesen waren und schriftlich vorliegen. Der Vorsteher wies sehr deutlich darauf hin, der Kommunist kümmerte sich nicht darum. Der Vorsteher entzog ihm dann, als er sich den Anordnungen nicht fügte, das Wort, aber der Kommunist kümmerte sich auch darum nicht. Die Versammlung wurde nun verlegt und alle Parteien verließen den Sitzungssaal. Nur die Kommunisten blieben zurück, wo ihr Fraktionsmitglied weiter sprach.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erhielt Stadtratsmitglied Gen. Schäfer als nächster Redner das Wort. Darauf machten die Kommunisten sofort einen anhaltenden Radau und meldeten sich dauernd zur Geschäftsordnung. Bei diesem Krach war eine Weiterführung der Sitzung unmöglich. Der Haushaltsplan wurde zur Abstimmung gestellt und mit den Stimmen aller Parteien gegen die Kommunisten angenommen, worauf die Versammlung vorzeitig geschlossen wurde.

Neuköllner Bezirksversammlung aufgelogen.

Nachdem die gestrige Bezirksversammlung sich in einer dreistündigen Debatte mit dem Sklarek-Standal beschäftigt hatte, gelangte ein Antrag der Kommunisten zur Diskussion, den streifenden Rohrlegern 10 000 M. an Unterstützung zu bewilligen. Die Bezirksversammlung wandte sich dann mehreren Anträgen der Wirtschaftspartei und der neuen Fraktion betreffend die Monopolbetriebe der Stadt zu und alles schien in bester Ordnung zu gehen. Der Deutschnationale hatte seinen Antrag bereits begründet und gerade wollte der Demokrat Bornemann dazu sprechen, da erklärten die Kommunisten, daß sie den Demokraten nicht reden lassen würden, weil jetzt die Rohrlegerfrage zu ihren Ungunsten entschieden worden sei! Der Redner konnte sich kein Gehör verschaffen, obwohl der Vorsteher der Bezirksversammlung alles versuchte, die Versammlung zu beruhigen. Als sein Tun vergeblich blieb, vertagte er die Versammlung, um sie, als sich der Tumult auch dann nicht legte, endgültig zu schließen.

Eine Führung durch Alt-Berlin mit Besichtigung des hohen Hauses des Frauen Klosters, der Stadtvogtei, des Boulevardebauers macht Dr. Franz Lederer Sonntag, 27. Oktober, 10 Uhr. U-Bahn Anseibrücke.

Ueber Sprach- und Singschulungen berichtet Donnerstag, 24. Oktober, 6.45, Professor Dr. Hlatou in der Funktion. Alle Eltern sprachlos-kinder, aber auch Erwachsene, die an irgendwelchen Sprachschulen leiden, seien auf diesen ersten Vortrag eines Zylus hingewiesen. Den zweiten Vortrag hält am Donnerstag, dem 31. Oktober, 6.40, Rektor Bernhardt über „Die Sprachschule in Neukölln“. Der Kurs schließt mit einem dritten Vortrag von Professor Dr. Hlatou am Donnerstag, dem 7. November, 6.45.

